

60 Jahre Hessische Verfassung

**Der
Auftrag
bleibt**



Seht diese Hüte von Besiegten! Und Nicht als man sie vom Kopf uns schlug zuletzt War unsrer bitterm Niederlage Stund. Sie war, als wir sie folgsam aufgesetzt.

Bertolt Brecht



1945. Der deutsche Faschismus ist besiegt. Zurück bleiben Trümmer und ungeheures Leid. Aus den Konzentrationslagern kommen die Überlebenden. Oben: Dachau am Tag der Befreiung.

Lagerältester Oskar Müller (später Arbeitsminister in Hessen) spricht mit einem Offizier der US-Befreier.

Am 14. April 1945 wird eine Zivilregierung eingesetzt.

SPD und KPD sprechen über eine gemeinsame Partei.

Sogar die CDU will den Sozialismus.

Arbeiter aller Bekenntnisse, woher Ihr auch kommt, prüft unser Programm. Wir wenden uns an Euch, die Ihr mit uns glaubt, daß eine Lösung der Probleme nur aus dem christlichen Geist der Nächstenliebe und der Gerechtigkeit in einem christlichen Sozialismus erfolgen kann.

Auf jeden Einzelnen von Euch kommt es an!

Wählt, aber wählt richtig!

Gebt Eure Stimme der Partei Eures stärksten Vertrauens der

Christl. Demokrat. Union

Verfassungsfragen sind Machtfragen

Vor 60 Jahren, am 1. Dezember 1946, wurde die Verfassung des Landes Hessen durch Volksentscheid angenommen. Heute ist es notwendiger denn je, ihre Grundgedanken, die weitgehend in Vergessenheit geraten sind, zu verbreiten und für sie einzutreten.

Damals, nach den Verbrechen des Faschismus, nach dem Elend, das der 2. Weltkrieg in Europa hinterlassen hatte, herrschte parteienübergreifend der Wille zu einem wirklichen Neubeginn. „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“ war die einhellige Meinung derer, die daran gingen, ein demokratisches Deutschland aufzubauen und für Bund und Länder Verfassungen für eine demokratische und soziale Gesellschaft zu erarbeiten. Auch die CDU bekannte sich in ihrem Ahlener Programm zum Sozialismus – mußte sich dazu bekennen, weil sie, wie alle, die die alten Besitz- und Machtverhältnisse weiter etabliert sehen wollten, dem herrschenden Meinungskonsens und vor allem dem herrschenden Kräfteverhältnis Rechnung tragen mußten. Deutschland sollte endgültig entmilitarisiert werden, faschistische Parteien und Organisationen nie mehr geduldet, die Großkonzerne zerschlagen und die Macht des Großkapitals, das Hitler an die Regierung gebracht hatte, sollte beschnitten werden.

Dazu wurden die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens mit Artikel 139 Bestandteil des Grundgesetzes der BRD, und diesem Sinne entsprechen zahlreiche Artikel der Hessische Verfassung, wie das Recht auf Arbeit in Artikel 28, die arbeitsrechtlichen Bestim-

mungen in Artikel 29, das Festschreiben einer das ganze Volk verbindenden Sozialversicherung in Artikel 35, die Sozialisierung der Eisen- und Stahlindustrie (u.a.) in Artikel 41 und viele weitere Bestimmungen.

Dennoch wurden die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Hessischen Verfassung im wesentlichen nicht verwirklicht.

Schon mit der Verabschiedung des Grundgesetzes wurden die Weichen gestellt für die spätere Restaurierung der alten Machtverhältnisse; nach dem Grundsatz „Bundesrecht bricht Landesrecht“ blieb die Hessische Verfassung ein soziales und demokratisches Vermächtnis, das im politischen Leben keine Rolle spielte.

Unter Bruch der Abkommen der Alliierten, das ein antifaschistisches, neutrales Deutschland vorsah, kehrten in Westdeutschland die alten Nazis an die Schalthebel der Macht in Kabinett (Globke, Oberländer u.a.) und Konzernen (Thyssen, Flick, IG-Farben u.a.) zurück. Unter Bruch des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung wurde die Wiederbewaffnung gegen den Willen einer breiten demokratischen Bewegung durchgesetzt. Das war der Beginn einer Reihe von Verfassungsbrüchen in der BRD, die nur insofern nicht so benannt wurden, weil vorher das Grundgesetz in großer Koalition von CDU/CSU/FDP/SPD, später auch mit den Grünen, geändert und den Wünschen des Großkapitals angepaßt wurde.

Es folgten die Notstandsgesetze, Berufsverbote, Privatisierung von Bahn und Post, Aushöhlung des Asylrechts, Auslandseinsätze der Bundeswehr . . .

Nach der Niederlage der sozialistischen Staaten in Europa und dem Anschluß der DDR an die BRD hat sich der

Prozeß des Abbaus demokratischer und sozialer Rechte beschleunigt. Das neue Weltmachtstreben Großdeutschlands kommt in der von Frankreich und von Deutschland dominierten EU verstärkt zum Ausdruck. Deutschlands Kriegseinsätze werden zahlreicher, die Truppenkontingente stärker, die Mandate „robuster“.

Die – auch in der Agenda 2010 verfaßte – Strategie erfordert auch die Kompatibilität der Länderverfassungen zur EU-Verfassung mit dem Vorrang der Kapitalinteressen.

Seit Jahren wird im Landtag über eine Reform der Hessischen Verfassung diskutiert. Darüber besteht generell unter allen vier Landtagsparteien Einvernehmen. In Wahrheit geht es um sehr viel mehr.

Ein Kernpunkt der Reform besteht in dem Bestreben, künftig Verfassungsänderungen, die bisher nur durch einen Volksentscheid möglich sind, vom Landtag mit einer Zweidrittelmehrheit beschließen zu können. Und es geht um wesentliche garantierte Errungenschaften, wie sie eingangs genannt wurden, die nicht mehr mit der „Verfassungswirklichkeit“ übereinstimmen und „entsorgt“ werden sollen.

Die Hessische Verfassung entsprach dem Empfinden und dem Wollen der Menschen in der damaligen Zeit; sie wollten Frieden und die Einschränkung der Macht der großen Konzerne zugunsten von gesellschaftlichem Eigentum.

Von solchem Zeitgeist ist heute leider nichts mehr übrig. Allein die Erinnerung daran ist den Herrschenden hinderlich bei ihrem brutalstmöglichen Sozialabbau und ihren neuen deutschen Kriegen, für die das Völkerrecht ausgehebelt wurde. Heute ist es ihr Bestre-

ben, jeden Gedanken an eine soziale Gesellschaft zu verhindern; eine Alternative zur Herrschaft des real existierenden Kapitalismus soll nicht einmal erwogen werden dürfen. Daher werden jene, die die Werte von Grundgesetz und Hessischer Verfassung verteidigen und bewahren wollen, vom „Verfassungsschutz“ bespitzelt und als „Verfassungsfeinde“ diffamiert – von jenen, die den Verfassungsbruch täglich schamlos praktizieren.

Aufklärung ist dringend nötig. Widerstand ist geboten. Auch wenn das Kräfteverhältnis heute ein anderes und der Kapitalismus stark ist.

Es bleibt wichtig, an die Gründungsgedanken der Verfassung zu erinnern und ihre Aktualität in den öffentlichen Debatten sichtbar machen.

Auch Verfassungsfragen sind Machtfragen. Kämpfen wir für unsere demokratischen und sozialen Rechte, für den Erhalt der Hessischen Verfassung!

Michael Beltz
Bezirksvorsitzender der DKP Hessen

So begann es

März/April 1945 Befreiung Hessens durch amerikanische Truppen.

14. April 1945 Einsetzung einer Zivilregierung unter dem Sozialdemokraten Ludwig Bergsträsser in Darmstadt für die frühere Provinz Starkenburg.

27. Aug. 1945 Örtliche Parteien werden genehmigt.

19. Sept. 1945 Bildung des Landes Hessen durch eine Proklamation der amerikanischen Militärregierung.

16. Okt. 1945 Die erste deutsche Regierung wird für Groß-Hessen eingesetzt. Ministerpräsident ist Prof. Dr. Karl Geiler.

23. Nov. 1945 Landesorganisationen der SPD, KPD, CDU und LDP (Liberal Demokratische Partei) werden gebildet.

Jan. 1946 Erste Wahlen (nur in Gemeinden unter 20.000 Einwohnern).

4. Febr. 1946 Auf Anweisung der Militärregierung wird eine „Vorbereitende Verfassungskommission“ gebildet. Die Kommission tagt erstmals am 12.3.1946. Sie setzt sich aus Vertretern aller Parteien zusammen.

28. April 1946 Kreistagswahlen

26. Mai 1946 Wahlen in größeren Städten. Ergebnisse der Wahlen (28. 4. und 26. 5.):

43,2% SPD, 36,9% CDU,
9,3 % KPD, 7,3% LDP,
3,3% Sonstige.

30. Juni 1946 Wahl eines verfassunggebenden Ausschusses in Groß-Hessen.

Ergebnisse: 44,3% SPD 37,3%
9,7% KPD, 8,1% LDP

CDU,

15. Juli 1946 Verfassungsausschuss (29 Abgeordnete aus allen Parteien) wird gebildet.

1. Dez. 1946

Landtagswahl

SPD 42,7% 687.431 (38)

CDU 30,9% 498.158 (28)

KPD 10,7% 171.592 (10)

LDP 15,7% 252.207 (14)

Volksentscheid über die Verfassung

Ja-Stimmen 76,8% 1.161.773

Nein-Stimmen 23,2% 351.275

Volksentscheid über die Aufnahme des Artikels 41

Ja-Stimmen 72,0 % 1.085.151

Neinstimmen 28,0 % 422.194

1.085.151 hessische Bürgerinnen und Bürger wollten „Gemeineigentum“ bei den hessischen Großbetrieben

Am 1. Dezember 1946 wurde in Hessen über den Artikel 41 der Hessischen Verfassung abgestimmt. Um was ging es dabei? Die Väter der Hessischen Verfassung, Sozialdemokraten, Kommunisten und sozial eingestellte christliche Politiker, gingen damals von den Lehren der jüngsten Geschichte aus. Sie besagten: Man darf es nicht noch einmal zulassen, daß wirtschaftliche Macht zu politischen Zwecken mißbraucht wird. Die Großindustrie und die Großbanken, also die Großkapitalisten, sollten nicht noch einmal die Möglichkeit erhalten, einen neuen Hitler an die Macht zu bringen oder solche Parteien und Gruppen finanziell zu fördern, die bereit wären, für die Bewahrung der Privilegien einer kleinen Schicht die demokratischen Rechte der Bevölkerungsmehrheit zu beseitigen.

Deshalb erarbeitete man den Artikel 41 der Hessischen Verfassung, der vorsah, folgende Schlüsselindustrien in Gemeineigentum zu überführen:

1. Bergbau (Kohlen, Kali, Erze),
2. Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung,
3. Betriebe der Energiewirtschaft,
4. das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen.

Gleichzeitig bestimmte Absatz 2 des Artikels 41, daß Großbanken und Versicherungsunternehmen vom Staat beaufsichtigt oder verwaltet werden.

Von diesem gesamten Verfassungsartikel wurde in der Folgezeit nicht ein einziger Buchstabe verwirklicht. Heute sind diejenigen, deren wirtschaftliches Eigentum in Gemeineigentum überführt werden sollte, reicher und mächtiger denn je zuvor. Wer reich ist, ist einflußreich. Die Konzerne machen Politik, sie kaufen

Das Ahlener Wirtschaftsprogramm der CDU für Nordrhein-Westfalen vom 3. Februar 1947

Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.

Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.

Politiker, sie nehmen Einfluß auf Parteien und beeinflussen politische Entscheidungen. Erneut wird wirtschaftliche Macht für politische Zwecke mißbraucht. Leute, die ihre Privilegien-Herrschaft als Demokratie bezeichnen, haben die Restaurierung ihrer Herrschaft einzig und allein einem diktatorischen Bruch demokratischer Spielregeln zu verdanken.

Für den Artikel 41 stimmte am 1. Dezember 1946 eine eindeutige Mehrheit, 72% Prozent der hessischen Wähler

ler, nämlich 1.085.151. Dagegen stimmten 422.194. War schon diese gesonderte Abstimmung über einen Artikel der Verfassung auf Befehl der amerikanischen Besatzungsmacht zustande gekommen, weil diese sich erhoffte, daß, wenn schon keine Mehrheit gegen die gesamte Hessische Verfassung, so doch wenigstens eine gegen den „Sozialisierungsartikel“ möglich sei, so begann nach der Volksabstimmung die Dollar-Demokratie der US-Besatzungsmacht noch tollere Kapriolen zu schlagen.

Die Amerikaner erteilten den Befehl, daß der Artikel 41 nicht zu verwirklichen sei. Sie erteilten weiter den Befehl, daß die KPD-Minister aus der Regierung zu entlassen seien, obwohl die KPD bei den gerade stattgefundenen Wahlen drei Sitze hinzugewonnen hatte und mit der SPD (38 Sitze) eine absolute Mehrheit von 48 Mandaten bei insgesamt 90 Landtagsabgeordneten hätte herstellen können.

Statt dessen ging die SPD auf Befehl der Amerikaner mit der CDU in eine Koalitionsregierung, und damit war auch im politisch-parlamentarischen Raum der Anfang der dann folgenden Restaurationsperiode gegeben. Sozialdemokratischer Wirtschaftsminister - und mithin verantwortlich für die Verwirklichung des Artikel 41 - wurde ausgerechnet ein Herr Koch, der bis Kriegsende Prokurist des Flick-Konzerns war.

Und Buderus in Wetzlar gehörte zu den Betrieben, die in Gemeineigentum überführt werden sollten. Und Buderus gehörte zum Flick-Konzern...

Noch Fragen?

Aus: „Die Stadtfarbe ist rot!“

Broschüre der DKP-Mörfelden vom Juni 1976

*Frankfurt ein Trümmerhaufen
Kundgebung auf dem Römerberg
am 28. Februar 1948*



Die Kommunisten und Sozialdemokraten bilden die Aktions-Einheit!

Am 3. September traten in Frankfurt am Main die Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Gebiet Frankfurt a. M. zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen.

Als Vertreter der Kommunistischen Partei waren anwesend die Genossen:

Walter Fisch, Oskar Müller, Ernst Eichelsdörfer, Emil Carlebach und Martin Kirsch.

Als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, die Genossen:

Willi Knothe, Rudolf Meenzer, Franz Ullrich, Kurt Haenschler, Fritz Schäfer.

Die Aussprache bestätigt den schon bisher gezeigten Willen zur aufrichtigen Zusammenarbeit beider Parteien. Sie verlief im Geiste gegenseitigen Vertrauens.

Unter Wahrung der Selbständigkeit beider Parteien kamen die Vertreter überein, einen gemeinsamen Aktionsausschuß der beiden Leitungen zu schaffen, der aus je 5 Vertretern bestehen wird. Dieser Ausschuß wird ein Ausdruck der Aktionseinheit der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei sein und stellt sich folgende Aufgaben:

- 1. Enge Zusammenarbeit bei der Durchführung der dringlichen Aktionsaufgaben zur Liquidierung der Überreste des Nazismus und zum Wiederaufbau des Landes auf einer festen demokratischen Grundlage. Als Voraussetzung hierfür wird der Aufbau einer Antifaschistischen demokratisch-parlamentarischen Republik betrachtet, die die Fehler und Schwächen der Vergangenheit vermeidet und dem schaffenden Volk alle demokratischen Rechte und Freiheiten sichert.**
- 2. Es sind die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um mit allen anderen antifaschistischen demokratischen Parteien Vereinbarungen über die Bildung eines festen antifaschistischen Blocks zu treffen.**
- 3. Gemeinsame Vertretung der Interessen des schaffenden Volkes in allen öffentlichen Institutionen, unter ihnen vor allem in den Organen der im Aufbau begriffenen kommunalen und provincialen Selbstverwaltung, die sich mit dem Problem des demokratischen Aufbaus befassen.**
- 4. Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen beider Parteien, die sich mit den Problemen des demokratischen Aufbaus befassen.**
- 5. Gemeinsame Beratung zur Klärung Ideologischer Fragen.**

Die Vertreter beider Parteien bekunden ihren festen Willen, alles zu tun, um auf dem Wege kameradschaftlicher Zusammenarbeit in allen Fragen des antifaschistischen Kampfes und des Wiederaufbaus die Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes zu schaffen.

Der gemeinsame Aktionsausschuß der Gebietsleitungen der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei fordert alle Organisationen beider Parteien auf, in ihrem Tätigkeitsbereich ebenfalls gemeinsame Ausschüsse zu schaffen und überall die Zusammenarbeit in der gleichen Weise herzustellen, wie dies in Frankfurt beschlossen wurde.

Frankfurt a. M., den 3. September 1945.

**Kommunistische Partei
Deutschlands, Frankfurt a. M.**

Walter Fisch
Oskar Müller
Ernst Eichelsdörfer
Emil Carlebach
Martin Kirsch.

**Sozialdemokratische Partei
Deutschlands, Frankfurt a. M.**

Willi Knothe
Franz Ullrich
Rudolf Meenzer
Kurt Haenschler
Fritz Schäfer.

*Kommunisten und
Sozialdemokraten wollten
die Aktionseinheit.*

*Ein gemeinsames Flugblatt
vom 3. September 1945.*



Eröffnung des ersten Hessischen Landtags, am 19. Dezember 1946. Am Rednerpult Militärgouverneur Colonel Newman. Hinter ihm im Präsidium Emil Carlebach.

Keine Nazis mehr in der Wirtschaft

Frankfurt, 28. Sept. (DANA). Auf Grund eines neuen Befehls von General Dwight D. Eisenhower wird mit dem 25. Sept. die Tätigkeit von Mitgliedern der Nazi-Partei und ihrer Zweigorganisationen als Leiter und Geschäftsführer wirtschaftlicher Unternehmen in der amerikanischen Zone nunmehr endgültig verboten.

Nach dem Gesetz Nr. 8, das sofort in Kraft getreten ist, dürfen frühere Nazis im Geschäftsleben nur als gewöhnliche Arbeiter beschäftigt werden. Neue Firmen müssen bei ihrer Gründung Urkunden über das Einhalten dieser Bestimmungen vorlegen.

Bestimmungen über das Strafmaß und das Berufsrecht sind ebenfalls im Wortlaut des neuen Gesetzes einbezogen.

Das Gesetz ist überschrieben: Verbot der Beschäftigung von Mitgliedern der NSDAP in Geschäftsunternehmen in anderen als untergeordneten Stellungen oder für irgendwelche anderen Zwecke.

Gesetz Nr. 8

Verbot der Beschäftigung von Mitgliedern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei in geschäftlichen Unternehmen und für andere Zwecke mit Ausnahme von Anstellungen für Dienstleistungen als gewöhnliche Arbeiter.

Zwecks verstärkter Ausschaltung des Einflusses der nationalsozialistischen Weltanschauung in Deutschland wird hiermit folgendes angeordnet:

§ 1. Die Beschäftigung eines Mitgliedes der NSDAP oder einer der ihr angeschlossenen Organisationen in Geschäftsunternehmen aller Art in irgendeiner beaufsichtigenden oder leitenden Stellung oder in irgendeiner anderen Stellung, mit Ausnahme der des gewöhnlichen Arbeiters, ist gesetzwidrig; ausgenommen hiervon sind Anstellungen auf Grund von Sondergenehmigungen der Militärregierung gemäß den Bestimmungen des § 5 dieses Gesetzes.

§ 2. Falls ein jetzt noch nicht in Betrieb genommenes geschäftliches Unternehmen eine Tätigkeit aufzunehmen beabsichtigt, hat seine Leitung als Voraussetzung für die Erteilung der Genehm-

igung für die Eröffnung oder den Betrieb zu bescheinigen, daß niemand im Widerspruch mit den Bestimmungen des § 1 dieses Gesetzes beschäftigt ist.

§ 3. Jedes geschäftliche Unternehmen, das jetzt geöffnet oder in Betrieb ist, hat jede Person, die entgegen § 1 dieses Gesetzes beschäftigt ist, sofort zu entlassen, widrigenfalls das Unternehmen sofort von der Militärregierung geschlossen wird.

§ 4. Jeder Verstoß gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes wird nach Schuldigsprechen des Täters durch ein Gericht der Militärregierung nach dessen Ermessen mit jeder gesetzlich zulässigen Strafe bestraft.

§ 5. Alle Personen, die auf Grund dieses Gesetzes entlassen werden oder denen die Anstellung verweigert wird und die behaupten, sich nicht aktiv für irgendeine Tätigkeit der NSDAP oder der ihr angeschlossenen Organisationen eingesetzt zu haben, können bei der örtlichen Militärregierung Vorstellungen erheben.

§ 6. Dieses Gesetz tritt am 26. Sept. 1945 in Kraft.

Im Auftrag der Militärregierung.

Vorarbeiten

Zur Vorbereitung zur Schaffung einer Verfassung wurde ein Ausschuss gebildet, zu dem zwölf Teilnehmer je Partei von diesen benannt wurden. Teilnehmer des „Beratenden Landesausschusses“ (26. Februar - 14. Juli 1946) waren unter anderen die Antifaschisten Walter Fisch und Eleonore Wolf. Weitere Personen am Prozess der Entstehung der Hessischen Verfassung u.a.: Dr. Valentin Heckert. Als Ministerialdirektor an der Ausarbeitung des Entwurfes zur neuen Verfassung beteiligt. Er befasste sich unter anderem mit der Demokratisierung der Polizei. Oskar Müller, Arbeitsminister der 1. Hessischen Regierung. Emil Carlebach, Herausgeber der „Frankfurter Rundschau“.

In der „Verfassungsgebenden Landesversammlung“, 15. Juli bis 30. November 1946, (96 Mitglieder) waren vertreten: SPD (43), CDU (38), KPD (8), LDP (7).

31. Juli 1945. US-General McClure mit den Lizenzträgern der „Frankfurter Rundschau“.

Von links: Rudert, Rodemann, Knothe, Grossmann, Gerst, Etzkorn, Carlebach.



Emil Carlebach



Emil Carlebach schrieb vor 20 Jahren nachfolgenden Text über die Entstehung der Hessischen Verfassung.

Carlebach (1914-2001) entstammte einer über etliche Generationen in Deutschland wirkenden Rabbinerfamilie. Sein Vater war allerdings zu dieser Zeit der einzige nicht religiöse Sproß der Carlebach-Familie in Frankfurt. 1931 trat er dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) bei. Anfang 1934 wurde Emil Carlebach wegen der Verbreitung antifaschistischer Gewerkschaftszeitungen zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. 1937 wurde er in das KZ Dachau verschleppt und 1938 in Buchenwald inhaftiert. Dort war er in der illegalen Widerstandsorganisation tätig. Nach der Selbstbefreiung des Lagers wählten die hessischen Buchenwalder ihn zu ihrem Sprecher, später war er Vizepräsident des Internationalen Buchenwald-Komitees.

Nach 1945 war er erst Frankfurter Stadtverordneter (KPD), dann hessischer Landtagsabgeordneter (KPD).

Außerdem Mitbegründer und Lizenzträger der „Frankfurter Rundschau“, wurde jedoch 1947 von der US-Militärbehörde abgelöst. Er war Mitbegründer der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) und bis zu seinem Tode Mitglied der DKP.

60 Jahre Hessische Verfassung

1. Dezember 1946

1. Dezember 2006

DIES STEHT IN UNSERER VERFASSUNG:

Keine Arbeitslosigkeit

„Jeder hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit“ (Artikel 28)

Gleicher Lohn

„Die Frau und der Jugendliche haben für gleiche Tätigkeit und gleiche Leistung Anspruch auf gleichen Lohn“ (Artikel 33)

Volle paritätische Mitbestimmung

„Die Betriebsvertretungen sind dazu berufen, im Benehmen mit den Gewerkschaften gleichberechtigt mit den Unternehmern in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen des Betriebes mitzubestimmen.“ (Artikel 37)

Aussperrung verboten

„Das Streikrecht wird anerkannt, wenn die Gewerkschaften den Streik erklären. Die Aussperrung ist rechtswidrig.“ (Artikel 29)

Schluß mit Monopoldiktaten

„Jeder Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit - insbesondere zur monopolistischen Machtzusammenballung zu politischer Macht - ist untersagt. Vermögen, das die Gefahr solchen Mißbrauchs wirtschaftlicher Freiheit in sich birgt, ist aufgrund gesetzlicher Bestimmungen in Gemeineigentum zu überführen.“ (Artikel 39)

„Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen und Oberleitungen gebundene Verkehrswesen, vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet: die Großbanken und Versicherungsunternehmen und diejenigen in Ziffer I genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt.“ (Artikel 41)

„Das Privateigentum verpflichtet gegenüber der Gemeinschaft. Sein Gebrauch darf dem Gemeinwohl nicht zuwiderlaufen.“ (Artikel 45)

Friedensgebot

„Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“ (Artikel 69)

„Nach Maßgabe besonderer Gesetze ist der Großgrundbesitz, der nach geschichtlicher Erfahrung die Gefahr politischen Machtmißbrauchs oder der Begünstigung militaristischer Bestrebungen in sich birgt, im Rahmen einer Bodenreform einzuziehen.“ (Artikel 42)

Berufsverbote verfassungswidrig

„Jedermann hat das Recht, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Dieses Recht darf auch durch ein Dienstverhältnis nicht beschränkt werden, und niemand darf ein Nachteil widerfahren, wenn er es ausübt.“ (Artikel 1)

„Jedermann ist die Möglichkeit zu sichern, in den Landtag gewählt zu werden und sein Mandat ungehindert und ohne Nachteil auszuüben.“ (Artikel 76)

„Jeder, ohne Unterschied der Herkunft, der Rasse, des religiösen Bekenntnisses und des Geschlechts hat Zugang zu öffentlichen Ämtern, wenn er die nötige Eignung und Befähigung besitzt.“ (Artikel 134)

Pflicht zum Widerstand

„Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist Jedermanns Recht und Pflicht.“ (Artikel 147)

„Keinerlei Verfassungsänderung darf die demokratischen Grundgedanken der Verfassung und die republikanisch-parlamentarische Staatsform antasten. ... Trotzdem verkündete Gesetze sind nicht zu befolgen.“ (Artikel 150)

Das Volk regiert

„Das Volk handelt nach den Bestimmungen dieser Verfassung unmittelbar durch Volksabstimmung (Volkswahl, Volksbegehren und Volksentscheid), mittelbar durch die Beschlüsse der verfassungsmäßig bestellten Organe“ (Artikel 71)

*„Die Gesetzgebung wird ausgeübt
a) durch das Volk im Wege des Volksentscheids,
b) durch den Landtag.“ (Artikel 116)*

„Die Gesetzentwürfe werden von der Landesregierung, aus der Mitte des Landtags oder durch Volksbegehren eingebracht.“ (Artikel 117)

„Ein Volksentscheid ist herbeizuführen, wenn ein Fünftel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfs stellt... Das dem Volksbegehren zugrunde liegende Gesetz ist von der Regierung unter Darlegung ihres Standpunktes dem Landtag zu unterbreiten. Der Volksentscheid unterbleibt, wenn

der Landtag den begehrten Gesetzentwurf unverändert übernimmt.“ (Artikel 124)

Keine Rechte für Faschisten

„Die verfassungsmäßigen Freiheiten und Rechte können nicht den Bestimmungen entgegen gehalten werden, die ergangen sind oder vor dem 1. Januar 1949 noch ergehen werden, um den Nationalsozialismus und den Militarismus zu überwinden und das von ihm verschuldete Unrecht wieder gut zumachen.“ (Artikel 158)

Eine Verfassung die bald sabotiert wurde

Diese Verfassung wurde am 1. Dezember 1946 mit 76,8 Prozent der Stimmen beim Volksentscheid in Kraft gesetzt - und vom nächsten Tage an bereits sabotiert. Der Artikel 41 (Grundindustrie in Gemeineigentum) war der amerikanischen Militärregierung ein besonderer Dorn im Auge. Über ihn mußte gesondert abgestimmt werden. Ergebnis: 75 Prozent Ja-Stimmen - und Sabotage der Durchführung.

Gegen diese Verfassung stellte sich öffentlich nur die LDP (heute FDP). Die Verfassung wurde unterstützt von SPD, KPD und CDU. Heute würde es die CDU „Volksfront“ nennen und verteufeln.

Im Dezember 1946 verkündete die erste Hessische Landesregierung das Inkrafttreten der Verfassung. Unter dieser regierungsamtlichen Bekanntgabe stehen die Namen der Minister: Zinn (SPD) Zinnkann (SPD) Häring (SPD), Binder (SPD) Oskar Müller (KPD) Hilpert (CDU). Auch hier die drei Verfassungsparteien gemeinsam.

Wie kam es zu diesem Zusammenwirken, zu diesem Verfassungstext, der auf westdeutschem Boden einmalig ist?

Kern- und Drehpunkt der Entwicklung war das gemeinsame Auftreten der beiden Arbeiterparteien, der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hessen.

CDU und Volksfront 1945/46

In der Verfassungsberatenden Landesversammlung Hessens, die am 30. Juni 1946 gewählt worden war, hatten die beiden Arbeiterparteien (42 SPD und 7 KPD) eine klare Mehrheit gegenüber 35 CDU-Abgeordneten und 6 LDP-Abgeordneten. Die CDU hatte damals noch einen einflußreichen linken Flügel, zu dem u.a. der Betriebsrat Fleckenstein von den Hoechst-Farwerken, Frau Elise Epstein, deren Mann die Faschisten in Auschwitz vergast hatten, und der Landes-Vorsitzende Dr. Werner Hilpert gehörte, der im KZ Buchenwald im Deutschen Volksfrontkomitee den christlichen Widerstand repräsentierte. Zusammen mit den Sozialdemokraten Hermann Brill und Ernst Thape sowie dem Kommunisten Walter Wolf erarbeitete dieses „Volksfrontkomitee“ das folgende Sofortprogramm für die Überwindung des Faschismus und den demokratischen Wiederaufbau:

1. Sofortige Bildung antifaschistischer Volksausschüsse in Stadt und Land.
2. Übernahme der öffentlichen Gewalt durch die Volksausschüsse im Einvernehmen mit den Besatzungsbehörden.
3. Säuberung der Polizei von nazistischen Elementen, Errichtung einer Verteidigungstruppe auf der Grundlage der Miliz gegen Saboteure, Werwölfe und dergl.
4. Einstellung jeder Tätigkeit für Hitler. Verhinderung jeder weiteren Zerstörung Deutschlands, Verhinderung jeder Arbeit, jedes Transports, jeder Nachrichtenübermittlung, jeden Kampfes für die Reste des Dritten Reiches durch die Volksausschüsse und ihre Organe.
5. Verhaftung und Überwachung aller nazistischen Elemente, ihre Überstellung an Volksgerichte.
6. Beschlagnahme aller Nazivermögen und Nazibetriebe.
7. Schaffung einer neuen demokratischen Ordnung gegen die Nazis.
8. Organisation eines Reichsausschusses der Antinazisten, Bildung einer republikanischen Volksregierung.
9. Wiederaufnahme der Arbeit in Stadt und Land, ausschließlich zur Versorgung des deutschen Volkes unter menschenwürdigen Bedingungen. Baldiger Wiedereintritt Deutschlands in die Weltwirtschaft, unverzügliche Aufnahme enger ökonomischer Beziehungen zur Sowjetunion als des natürlichen Wirtschaftspartners auf dem europäischen Festlande.
10. Bildung von antifaschistischen Einheitsgewerkschaften.
11. Herausgabe neuer Zeitungen, Zeitschriften, Ausnutzung des Nachrichtendienstes des Rundfunks

Der erste Arbeitsminister nach dem Krieg war Kommunist

**Oskar Müller
1896-1970**



Soldat, Bankangestellter, Kommunist, Widerstandskämpfer, Häftling, Lagerältester, Arbeitsminister, Bundestagsabgeordneter.

Oskar Müller wurde am 25. Juni 1896 in Wohlau/Schlesien geboren. Der Vater war Landwirt. Der junge Müller besuchte das Gymnasium. Er kam in den Krieg, wurde Offizier. Seine Kameraden wählten ihn 1918 in den Soldatenrat. Oskar Müller trat 1922 der KPD bei. Zwei Jahre später wurde er hauptamtlicher Sekretär der Bezirksleitung Hessen der KPD mit Zuständigkeit für die Gewerkschaftsleitung. Gleichzeitig wurde er in den preußischen Landtag gewählt, dem er bis 1933 angehörte.

Ab 1928 arbeitete Müller mehrere Jahre als Organisationsleiter der KPD in Hessen. Nach der Machtübernahme wurde er zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und weiter bis 1939 im Konzentrationslager Sachsenhausen festgehalten.

Vom Juni 1939 bis zum August 1944 konnte er in der Offenbacher Lederindustrie als Angestellter unterkommen. Im Rahmen der Aktion „Gitter“ wurde er

erneut verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau gesperrt. In Dachau bewährte er sich als Lagerältester.

Im Oktober 1945 setzten die Amerikaner ihn als Minister für Arbeit und Wohlfahrt unter Ministerpräsident Geiler ein. Er wurde 1947 abgelöst. Müller konzentrierte sich wieder auf die Parteiarbeit. Er wurde 1948 Landesvorsitzender der KPD, jedoch 1949 wieder abgesetzt, weil er angeblich bei der Agenten-Bekämpfung nicht scharf genug gewesen sei. Er blieb aber Mitarbeiter des Parteivorstandes der KPD.

Von 1949-1953 gehörte Müller dem Deutschen Bundestag an. Er wurde 1953 für kurze Zeit verhaftet. Seither arbeitete er als einer der Präsidenten und als Generalsekretär der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Frankfurt a. M.

Wenn von Faschismus und den ersten zögernden Schritten eines Neubeginns die Rede ist, muß man auch an einen der profiliertesten Männer der ersten Stunde, an Oskar Müller, erinnern.

Die Erfahrungen an der Front machten aus dem jungen Oberleutnant einen revolutionären Kämpfer gegen den deutschen Militarismus und führten ihn in die Reihen der KPD.

Zuchthaus und KZ konnten ihn nicht brechen. Als Lagerältester des KZ Dachau - eine Funktion, die das große Vertrauen der in- und ausländischen Häftlinge ihm gegenüber zum Ausdruck brachte -, erlebte er die Befreiung im Jahr 1945. Das internationale Häftlingskomitee erklärte damals in einer Dankadresse: „Wenn in den letzten kritischen Tagen des SS-Regimes alle Kameraden der ernstesten Situation entkommen konnten, so ist das zu einem sehr großen Teil das Werk Oskar Müllers gewesen.“

und aller Bildungseinrichtungen zur Aufklärung des deutschen Volkes über die Verbrechen des Nazismus, über die wirkliche Lage Deutschlands sowie zur Schaffung einer demokratischen öffentlichen Meinung.

Die Direktoren der IG Farben und anderer Konzerne - die inzwischen die Herrschaft in der CDU/CSU erkaufte haben - saßen damals als Kriegsverbrecher hinter Gittern. Hitleroffiziere wie Dregger und Co. hielten sich wohlweislich zurück. So wurde die Politik der LDP und des rechten Flügels der CDU wesentlich durch mittlere Unternehmer bestimmt, denen ein starker Flügel entgegenstand, der einen christlichen Sozialismus wollte (wie ihn die Ost-CDU vertrat) und dessen „Frankfurter Leitsätze“ vom Jahre 1945 stark von sozialen und anti-kapitalistischen Gedanken geprägt waren. Die CDU in der Verfassungsgebenden Landesversammlung stand

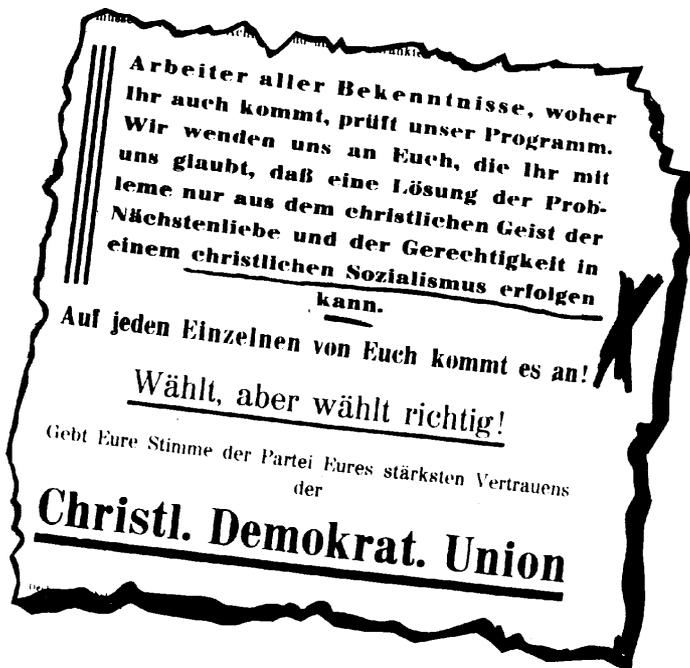
während der gesamten Beratung vor der Alternative: entweder mit den beiden Arbeiterparteien zu stimmen oder überstimmt und an die Wand gedrückt zu werden. In dieser Situation stellte sich der rechte Flügel auf inhaltlichen Widerstand und Teilkompromisse ein, mit der Absicht, später zu sabotieren, was er selbst mitbeschlossen hatte. Dies allerdings war nur möglich, wenn die Linksmehrheit aufgespalten und die SPD zum Mitmachen gebracht werden konnte.

Regierungsturz und Regierungsneubildung - erster Erfolg der Arbeitereinheit

Die erste von den Amerikanern eingesetzte Landesregierung Hessens amtierte keine Woche lang. Die Militärregierung hatte zum Ministerpräsidenten den Heidelberger Professor Dr. Karl Geiler ernannt, der fast ausnahmslos sogenannte Fachleute“, meist Konservative und Reaktionäre, zu Ministern ernannte; mit einem Sozialdemokraten als Alibi gegenüber der Arbeiterschaft.

Entsprechend den Beschlüssen des Aktionsausschusses SPD/KPD entschlossen sich daraufhin die beiden Arbeiterparteien zu einem gemeinsamen öffentlichen Vorstoß. Willi Knothe, Landesvorsitzender der SPD, und Walter Fisch, Landesvorsitzender der KPD, verfaßten gemeinsam einen „Offenen Brief“ an Ministerpräsidenten Geiler, in dem sie ihn vor die Alternative stellten, entweder sein Kabinett umzubilden und den beiden Arbeiterparteien den gebührenden Anteil in der Landesregierung zu sichern, oder aber gegen den Widerstand und den Boykott von SPD und KPD (und damit auch der Gewerkschaften) zu regieren.

In der Nacht vom 25. zum 26. Oktober 1945 wurde dieser „Offene Brief“ dem Ministerpräsidenten in Wiesbaden zugestellt; gleichzeitig umging Emil Carlebach (KPD), Mitglied des Aktionsausschusses SPD/KPD, in



Offener Brief

der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei an den Ministerpräsidenten Groß-Hessens, Herrn Professor Dr. Geiler

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Aus Anlaß der Bildung der ersten Regierung für Groß-Hessen haben die unterzeichneten Parteien Erklärungen abgegeben, in denen sie übereinstimmend wesentliche Einwände gegen das bei der Zusammensetzung des Kabinetts angewendete Verfahren erhoben. Insbesondere wiesen die Erklärungen unserer Parteien darauf hin, daß die von den demokratischen Parteien geltend gemachten Vorschläge nur ungenügend berücksichtigt wurden. Die unterzeichneten Parteien haben aus diesem Grunde deutlich zu erkennen gegeben, daß sie das ohnehin noch nicht vollständig gebildete Kabinett nur unter gewissen Vorbehalten unterstützen werden.

Die weitere Entwicklung der Regierungsbildung hat unsere Befürchtungen bestätigt. Ihre Bemühungen, Herr Ministerpräsident, das Kabinett zu vervollständigen, gehen offensichtlich darauf hinaus, den Einfluß derjenigen Kreise zu stärken, die keine Freunde eines klaren antifaschistischen Kurses sind. Die unterzeichneten Parteien stehen auf dem Standpunkt, daß nur solche Männer eine demokratische Regierung repräsentieren können, die sich in der Vergangenheit durch eine mutige antifaschistische Stellungnahme ausgezeichnet haben. Der Umstand, daß bestimmte, von Ihnen vorgeschlagene Personen zwar nicht NSDAP-Mitglieder gewesen sind, kann besonders dann nicht als genügende Qualifikation zum Ministerium betrachtet werden, wenn sie in ihrem Verhalten während der letzten zwölf Jahre das Nazi-Regime toleriert oder sogar in irgendeiner Form unterstützt haben. Die Methode, nach der Sie, Herr

Ministerpräsident, Ihre Mitarbeiter auswählen, werden einseitig von Ihrem persönlichen Ermessen bestimmt. Sie läßt nicht erkennen, daß Sie den Wünschen gerade der Parteien und Bevölkerungsschichten Rechnung zu tragen gewillt sind, die in der Vergangenheit den Nationalsozialismus von Anfang an kompromißlos bekämpft haben und die darum heute in erster Linie dazu berechtigt sind, bei dem Aufbau eines neuen Deutschland eine führende Rolle zu spielen.

Wir betonen mit aller Entschiedenheit, daß wir nur in einer solchen Regierung mitzuarbeiten in der Lage sind, die durch ihre personelle Zusammensetzung eine eindeutige antifaschistische und demokratische Politik garantiert. Sollte es Ihnen nicht möglich sein, bei der endgültigen Zusammensetzung Ihres Kabinetts diejenigen Korrekturen vorzunehmen, die diese Voraussetzungen erfüllen, so wären wir nicht imstande, Sie und Ihre Regierung weiterhin zu unterstützen.

Wir hoffen, daß Sie, Herr Ministerpräsident, sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Regierung Groß-Hessens von der Zustimmung der antifaschistischen Bevölkerung getragen sein muß und daß Sie im Interesse der Schaffung einer wirklich arbeitsfähigen Regierung unseren Forderungen Rechnung tragen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Für die Sozialdemokratische Partei:

I. A.: Willi Knothe

Für die Kommunistische Partei:

I. A.: Walter Fisch

seiner Eigenschaft als Lizenzträger der Frankfurter Rundschau“ die amerikanischen Zensurbestimmungen, wartete in der Druckerei das Weggehen der US-Pressenoffiziere ab und setzte ohne deren Wissen den „Offenen Brief“ auf die Titelseite der Ausgabe vom 26. Oktober. Entsprechend der damaligen Auflage war damit gesichert, daß die Stellungnahme der beiden Arbeiterparteien am Morgen des 26. Oktober in 500.000 hessischen Haushalten schwarz auf weiß vorlag.

Noch am selben Tag flog Geilers Landesregierung auf. Die Amerikaner, die nach Besatzungsrecht die Möglichkeit gehabt hätten, gegen die beiden Landesvorsitzenden und gegen den von ihnen eingesetzten Lizenzträger der Rundschau vorzugehen, unterließen dies wohlweislich: sie konnten sich den Skandal nicht erlauben, gegen SPD, KPD und die erste demokratische Zeitung der US-Zone gleichzeitig vorzugehen.

So verhielt sich die Militärregierung völlig passiv gegenüber der Tatsache, daß eine Regierung gestürzt wurde, die der US-Militärgouverneur von Hessen, Oberst James R. Newman, gerade erst feierlich eingesetzt hatte. Geiler mußte seine Minister entlassen und eine neue Regierung bilden, in der die SPD mit 4 Ministern und die KPD mit Arbeitsminister Oskar Müller gemeinsam ebenso die Mehrheit bildeten, wie in der Verfassungsberatenden Landesversammlung.

Außerdem stellte die Kommunistische Partei Deutschlands noch die stellvertretenden Minister in den Ressorts Wirtschaft und Inneres, sowie eine Anzahl höherer Ministerialbeamter, vor allem im Schulwesen.

Dieser Vorgang zeigt, wie falsch die oft benutzte Zweckbehauptung ist, die Deutschen seien nach der Niederlage des Faschismus „ohnmächtig und willenlos“ dem

Diktat der Besatzung unterworfen gewesen. Das entschlossene gemeinsame Auftreten der beiden Arbeiterparteien und ihr Erfolg im Oktober 1945 in Hessen beweist, daß vieles möglich war. Ein Jahr später, bei der Diskussion um das Schicksal der Grundindustrie (Artikel 41 der Verfassung) wollten die Amerikaner eine Streichung dieser Bestimmungen aus der Verfassung erzwingen. Diese Forderung scheiterte am Widerstand auch der SPD-Abgeordneten.

Die Hoffnungen der Militärregierung, mit Hilfe der Propaganda von LDP und Industrie- und Handelskammern bei einer gesonderten Abstimmung den Artikel 41 untergehen zu lassen, scheiterte am Votum der Bevölkerung: 72 Prozent für Artikel 41.

Erst die Sprengung des Bündnisses SPD/KPD und der Übergang der SPD-Führung zur Koalition mit der CDU half den Gegnern der Verfassung zum Erfolg.

Der Wille zur Einheit

Wie in Berlin und Leipzig, in Hamburg, in München, in Dresden und Braunschweig und in hunderten anderen Orten aller vier Besatzungszonen bildeten sich auch in Frankfurt und Hanau, Offenbach, Wetzlar und anderen Regionen sofort nach dem Sturz des Faschismus spontan Einheitsausschüsse SPD/KPD. Der Wille zur Einheit stand überall im Vordergrund - die furchtbare Niederlage 1933 als Ergebnis der Spaltung und des Gegeninwärtigen war im Bewußtsein der Kommunisten und der meisten Sozialdemokraten.

Noch bevor die Amerikaner die Bildung demokratischer Parteien und Gewerkschaften erlaubten, traten, wenn auch illegal, die künftigen Landesvorstände von SPD und KPD Hessen im Sommer 1945 zusammen. Willi Richter, der spätere Bundesvorsitzende des DGB,

stellte für den Aktionsausschuß der beiden Parteien das ehemalige Gebäude der Akademie der Arbeit im Zimmerweg in Frankfurt zur Verfügung, das ihm treuhänderisch übergeben worden war. Die Sitzungsprotokolle des Aktionsausschusses sind eindeutig:

„Von den Genossen Ulrich, Menzer und Haentschler (alle SPD) wird zum Ausdruck gebracht, daß in ihren Reihen der Wille zur Einheit und die Hoffnung vorhanden sei, die Einheit der Arbeiterklasse im jetzigen Zeitpunkt bereits herstellen zu können.“

Der Beschluß über die Aktionseinheit vom 3. September '45 belegt die Übereinstimmung beider Parteiführungen, die ab 28. September '45 dann auch ausdrücklich als „Landespartei Vorstand der SPD, Bezirksvorstand der KPD“ unterzeichnen.

Schon bevor die beiden Parteiführungen im Hinblick auf die Haltung der Militärregierung sich ausdrücklich als Führungsorgane bezeichneten, ließen sie in ihren gemeinsamen Beschlüssen über den Charakter ihrer Aktivität keinen Zweifel. Am 17. Juli 1945 schon beschließt der Ausschuß: „Die Distriktorganisationen beider Parteien werden verpflichtet, die Beschlüsse des Aktionsausschusses durchzuführen und zwar mit Hilfe von Einheitsorganen, die überall in den Distrikten zu schaffen sind.“ An die Beschlüsse des Aktionsausschusses und deren Durchführung fühlten sich „beide Parteien gebunden“, wie es im gleichen Protokoll heißt.

In der Sitzung vom 3. September, bei der es zu dem Beschluß über das Aktionsprogramm kam, erklärte der SPD-Vorsitzende Willi Knothe: „Demokratie bedeutet keine Freiheit für die Feinde der Demokratie und wird als einzige Möglichkeit für die Arbeiterklasse erkannt, sich organisatorisch zu einigen und damit auch die

Leo Bauer

18.12.1912 - 18.9.1972



Zuerst Mitglied der SPD, dann der SAP (Sozialistische Arbeiter-Partei). Trat 1932 zur KPD über. Ende 1933 emigrierte er mit anderen deutschen Kommunisten nach Paris und kämpfte von dort aus gegen das NS-Regime. Zeitweise arbeitete er als Sekretär des Hochkommissars des Völkerbundes für deutsche Flüchtlinge und kümmerte sich um die Emigranten aus Deutschland. Nach dem Münchener Abkommen organisierte er im Auftrag des Völkerbundes die Abreise von NS-Gegnern aus Prag. Nachdem er 1940 in die Schweiz geflohen war, kehrte Bauer 1945 zurück, wo er in das Sekretariat der KPD Hessen sowie in den Landtag gewählt wurde. Dort übernahm er den Vorsitz der KPD-Fraktion. Daneben gab er die KPD-Zeitschrift „Wissen und Tat“ heraus. Auf einer Dienstreise nach Berlin im Jahre 1947 verunglückte er schwer und blieb nach seiner Genesung in der DDR.

Am 23.8.1950 wurde er als Chefredakteur des „Deutschlandssenders“ entlassen und zusammen mit anderen SED-Funktionären aus der Partei ausgeschlossen und verhaftet. Den ersten Teil seiner Haft verbrachte er in einem Ostberliner Gefängnis (2 Jahre, 3 Monate) und wurde später vor einem sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt, dann aber zu 25 Jahren Arbeitslager begnadigt und nach Sibirien geschickt. Das Urteil wurde später aufgehoben. Er konnte 1955 in die BRD zurückkehren, hier gehörte er später zum Beraterkreis von Willy Brandt.

Voraussetzungen zu schaffen, für den erfolgreichen Kampf für den Sozialismus.... Die Zusammenarbeit zur Bewältigung der heute dringlichen Probleme bedeutet den bewußten Weg auch zur organisatorischen Einheit.“

Am selben Tag schrieb Knothe einen Grundsatzartikel, der am 4. September 1945 in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht wurde und in dem er formulierte: „Es bedarf eigentlich keiner neuen Darstellungen, um immer wieder zu begründen, daß wir aufs engste verbunden sind, daß wir zusammen stehen und zusammen arbeiten. ...Wir arbeiten zusammen. Was uns eint ist stärker als was uns trennt.“

Am 28. August 1945 genehmigte die Militärregierung die Bildung demokratischer Parteien, allerdings nur auf Kreisebene.

Bei den Kundgebungen am 18. September 1945 anläßlich der legalen Gründung der Organisationen begrüßte jeweils ein Repräsentant der SPD die KPD-Kundgebung und umgekehrt ein kommunistischer Vertreter der SPD-Kundgebung.

Wenig später kam es zu dem gemeinsamen „Offenen Brief“,

An das arbeitende Volk in Stadt und Land!

Männer und Frauen! Deutsche Jugend!

Schaffendes Volk in Stadt und Land!

Die Hitler Tyrannie ist zerschlagen. Nicht durch das Deutsche Volk selbst, sondern durch die Siegermächte. Eine Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes ist über Deutschland hereingebrochen. Aus den Ruinen grinst das Gespenst des Hungers, der Arbeitslosigkeit, der Seuchen und der Wohnungsnot

Die Verantwortung dafür tragen in erster Linie die Hitler und Konsorten mit ihrem ganzen militaristischen und großkapitalistischen Anhang.

Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Göbbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazi-Partei.

Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten.

Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazi-Partei, die Herrn der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.

Daß Hitler überhaupt zur Macht kam, daran trägt zum erheblichen Teil auch die **Spaltung der Arbeiterschaft** schuld. Heute, da nun von den alliierten Militärregierungen die Neugründung von demokratischen Parteien wieder zugelassen wurde, wollen wir diese Tatsache nicht aus dem Auge lassen, damit in Zukunft nicht mehr die gleichen Fehler gemacht werden. Noch ist der Zeitpunkt zur Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei nicht gekommen. Aber vorbereiten wollen wir diese Einigung, die kommen muß und kommen wird.

Zusammenarbeiten wollen wir uns, nie wieder wollen wir uns gegenseitig bekämpfen.

Darum Schluß mit der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse.

Um die Zusammenarbeit zu fördern, haben die Sozialdemokratische und Kommunistische Partei für Stadt- und Landkreis Hanau einen Aktionsausschuß gebildet.

Ausgehend von dem Bekenntnis beider Parteien zu den Grundsätzen der Demokratie wird der Aktionsausschuß in seinem Tätigkeitsbereich alles tun um den Feinden eines neuen demokratischen Deutschland die gemeinsame Front aller schaffenden Menschen entgegenzusetzen.

Die Bereinigung aller Behörden, Ämter und der Wirtschaft von aktiven Nazis und die Besetzung der leitenden Stellen mit einwandfreien demokratischen Kräften, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.

Alle Naziverbrecher müssen der gerechten Strafe zugeführt, begangenes Unrecht muß wieder gut gemacht werden.

Der Aktionsausschuß wird es als eine seiner wichtigsten Aufgaben ansehen, die Behörden und Verwaltungen überall zu unterstützen um die Ernährung sicherzustellen, das Wohnungselend zu lindern und alles zu tun um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Dem Aufbau der Gewerkschaften, der Sportorganisationen und der Kulturbewegung wird er seine größte Aufmerksamkeit im Sinne gemeinsamer Zusammenarbeit widmen.

Zur Zusammenarbeit mit allen bürgerlich-demokratischen Kreisen erklärt er sich bereit.

Auf dem Boden der gemeinsamen Arbeit für die Aufgaben der Gegenwart mit dem großen Ziel einer sozialistisch-demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung im Auge, wollen die arbeitenden Menschen auch in Hanau Stadt und Land zusammenstehen.

Schweres steht uns noch bevor, aber wir sind voll Zuversicht!

Darum Tritt gefaßt! Vorwärts!

Dem gesteckten Ziel entgegen!

**Für die
Sozialdemokratische Partei**

Rehbein

Kargl

Röthel

**Für die
Kommunistische Partei**

Keim

Eckhardt

Conrad

Druck: J. Wörner, Bischofsheim

der den Einfluß der Arbeiterparteien in der Landesregierung sicherte. „Vorausgegangen war eine Diskussion im Aktionsausschuß am 22. September, in der die KPD den Vorschlag machte: „eine Liste für die personelle Besetzung der Regierung aufzustellen, in der von beiden Parteien die gleichen Vorschläge gemacht werden.“ Die Mitglieder des SPD-Vorstandes dagegen wollten zunächst die Ernennung eines Ministerpräsidenten abwarten, damit dann die „Parteien getrennt dem Präsidenten ihre Vorstellung unterbreiten“ könnten.

Die Meinung der KPD, „daß es notwendig ist, den Amerikanern beizubringen, daß sie das Gewicht der politischen Parteien einzuschätzen wissen, und durch ein gemeinsames Auftreten der Arbeiterschaft einen Block zu bilden“ wurde zunächst nicht akzeptiert. Ausdrücklich versicherte jedoch der Parteisekretär der SPD, Ulrich: „Die Sozialdemokraten stehen zur Einheitspartei.“ Schäfer (SPD) ergänzte, er spreche nochmals, im Sinne der großen Einheitspartei, von dem festen Entschluß der SPD zur Zusammenarbeit.“

Nachdem sich bei der Bildung der ersten Landesregierung Gei-

Das freie Wort

Mitarbeit auf demokratischer Grundlage

Die Erstausgabe der Fuldaer Volkszeitung brachte uns die Tatsache der Regierungsumbildung in Großhessen zur Kenntnis. Diese Umbildung wurde durch die kritische Stellungnahme der beiden Arbeiterparteien veranlaßt. Man kann hier einen bemerkenswerten Fortschritt in der Verwirklichung demokratischer Grundsätze feststellen. Dieses Beispiel müßte sich auch in kleinerem Rahmen verwirklichen lassen. In Fulda z. B. sind bisher verschiedene kommunale Fragen gelöst worden, ohne die in einer Demokratie verankerten Grundsätze zu berücksichtigen. Um nur einen Fall herauszugreifen: Die Arbeiterparteien sind bei der Bildung des durch das Mil. Ges. Nr. 8 vorgesehenen Vorstellungsausschusses nicht befragt worden. Das Partelleben in unserer Vaterstadt ist aber inzwischen soweit fortgeschritten, daß hier eine zufriedenstellende Lösung gesucht und gefunden werden muß.

Es dürfte des ferneren auch in Fulda an der Zeit sein, zur Unterstützung des Oberbürgermeisters einen Bürgerrat zu bilden, um auch hier im Einvernehmen mit den Parteien die noch fehlende demokratische Grundlage zu schaffen. Im Zusammenhange damit wäre es an der Zeit, Unterausschüsse zu bilden, die sich in Wohnungsfragen, Transport- und Verkehrswesen, Jugenderziehung und Fürsorgefragen einzuschalten hätten. Selbstverständlich müßten die Mitglieder dieser Ausschüsse aus den Reihen der bereits bestehenden Parteien kommen.

Dies fürs erste.

Wir sind der Ueberzeugung, daß nur auf diesem Wege der demokratische Aufbau gefördert werden kann, zum Nutzen unserer Vaterstadt und somit zum Wohle der Bürgerschaft.

**Sozialdemokratische Partei
Ortsverein Fulda**

**Kommunistische Partei
Ortsgruppe Fulda.**

ler gezeigt hatte, wie wenig Erfolg das getrennte Auftreten beider Parteien hatte, setzte sich dann doch der kommunistische Vorschlag durch, gemeinsam aufzutreten. Der Erfolg des „Offenen Briefes“ spricht für sich selbst. In der Landeshauptstadt Wiesbaden wurde schon im Juni 1945 der Einheitsausschuß SPD/KPD gebildet. Treibende Kräfte waren der SPD-Genosse Maass und der Kommunist Paul Krüger. Das Ergebnis der ersten Ausschusssitzung am 30. Juni faßte Maass mit den Worten zusammen: „Nur eine gemeinsame Zusammenarbeit kann in Frage kommen.“

Am 16. Juli beschloß der Einheitsausschuß (die Parteien waren noch nicht legal), ein gemeinsames Rundschreiben mit dem Titel: „Die Einheit“ herauszugeben.

Ab August wurde im Ausschuß über die Bildung einer einheitlichen Jugendorganisation, einer einheitlichen Sportorganisation und der von beiden Arbeiterparteien und den Gewerkschaften getragenen Arbeiterwohlfahrt diskutiert.

Am 3. Oktober 1945 gab der Ausschuß ein von den führenden Funktionären beider Parteien unterzeichnetes Flugblatt heraus, in dem nunmehr auch öffentlich die Übereinstimmung im Willen zur Herstellung einer Einheitspartei zum Ausdruck kam.

Am 10. Dezember wurde beschlossen, eine gemeinsame Funktionärsversammlung von SPD und KPD Wiesbaden einzuberufen. Dieser einstimmig angenommene Vorschlag stammte von dem SPD-Genossen Barth. Die gemeinsame Funktionärsversammlung fand am 22. Dezember statt und fand ihr besonderes Gepräge dadurch, daß jede Partei durch einen ihrer Minister als Sprecher auftrat: Die SPD durch Innenminister Venedey, die KPD durch Arbeitsminister Oskar Müller.

Den Kernpunkt der Aussage Venedeys gab die Frankfurter Rundschau am 28. Dezember 1945 wieder „Der

geschichtliche Augenblick, die Einheit der Arbeiterschaft herzustellen, sei gekommen. Würden wir ihn verpassen, dann wären die Folgen unabsehbar. Wer von Verantwortungsbewußtsein getragen sei, müsse über die Parteischranken hinwegschauen und könne nur in der politischen Einheit der Arbeiterschaft das Unterpfand für die folgerichtige Entwicklung zum Sozialismus in Deutschland sehen. Demokratie dürfe nicht wieder heißen: Herrschaft einer kleinen Minderheit über die große Mehrheit des Volkes, sondern Herrschaft des Volkes gegen die volksfeindlichen Tendenzen der Reaktion, des Faschismus und Militarismus.“

Die einstimmig angenommene EntschlieÙung der gemeinsamen Funktionärsversammlung lautet:

1. Alle Fragen des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens werden gemeinschaftlich in dem Einheitsausschuß der beiden Parteien behandelt. Die dort gefaßten Beschlüsse sind nach Einverständnis mit den Vorständen für beide Parteien bindend.
2. Zur Behandlung der praktischen Fragen des Wiederaufbaues sowie zur Klärung ideologischer Fragen finden regelmäßige gemeinschaftliche Funktionärsversammlungen der beiden Parteien statt.
3. Der Wahlkampf zu den Gemeindewahlen wird im Geiste absoluter Loyalität geführt. Überall, wo die Gefahr besteht, daß die Mindeststimmenzahl laut Wahlordnung nicht erreicht wird, einigen sich die Parteien über die gemeinsame Stimmabgabe.
4. Die gemeinsame Funktionärskonferenz richtet an die Landesleitungen der beiden Parteien das Ersu-

Werner Hilpert

17.1.1897 - 25.2.1957



Hilpert war von 1932 bis 1933 Landesvorsitzender der Zentrumspartei in Sachsen. Aufgrund seiner Gegnerschaft zum Hitler-Regime wurde er 1939 von der Gestapo festgenommen und ins Konzentrationslager Buchenwald gebracht und blieb dort bis zur Befreiung am 11. April 1945. Hilpert gehörte als einer von fünf Deutschen dem am Tag der Befreiung gebildeten internationalen Lagerkomitee an. Zu seinen engsten Freunden im Konzentrationslager zählte Eugen Kogon.

Der als erster aus dem Lager entlassene Kogon empfahl dem amerikanischen Kommandanten von Weimar neben Hermann Brill auch Werner Hilpert als einen für die Übernahme einer politischen Funktion geeigneten Deutschen.

Er wurde zwar am 30. Juni 1946 in die Verfassunggebende Landesversammlung gewählt, legte aber sein Mandat schon vor dem eigentlichen Beginn der Beratungen am 5. August nieder.

Nach 1945 gehörte er zu den Mitbegründern der CDU in Hessen und wurde deren Landesvorsitzender. Vom 1. November 1945 bis 5. Januar 1947 war er stv. Ministerpräsident des Landes Hessen. Er war von 1946 bis 1947 Minister für Wirtschaft und Verkehr und vom 6. Januar 1947 bis 1950 Minister der Finanzen.

Dem Deutschen Bundestag gehörte er in der ersten Legislaturperiode bis zu seiner Mandatsniederlegung am 10. Oktober 1949 an.

chen, im Sinne dieser Beschlüsse die Zusammenarbeit zu vertiefen, offene und versteckte Saboteure der Einheitsfront auszumerzen und raschestens dafür zu sorgen, daß durch die Schaffung der politisch-organisatorischen Einheit der Arbeiterschaft der Weg für eine friedliche demokratische und sozialistische Entwicklung des deutschen Volkes freigemacht wird.“

Es wurde weiterhin beschlossen, zum 11. Februar 1946 die beiden Landesvorsitzenden, Willi Knothe und Walter Fisch, nach Wiesbaden einzuladen. Aber nunmehr schaltete sich die Gegenseite ein: Noch vor diesem Termin erschien Dr. Kurt Schumacher aus Hannover in Wiesbaden, um die Einheitsbestrebungen zu zerschlagen. Zu der Versammlung mit den beiden Landesvorsitzenden im Februar kam es nicht mehr.

Dennoch fügten sich die Wiesbadener Sozialdemokraten nicht ohne Widerstand. Am 11. Januar veröffentlichte Maass im Wiesbadener Kurier einen Artikel „Die Stellung der SPD“, in dem er schrieb: „Die Einheit des schaffenden Volkes in Stadt und Land bleibt unter allen Umständen die unumgängliche Voraussetzung und beste Vorbereitung der Reichseinheit.“ Dies war eine eindeutige Spitze gegen Schumacher, der die Spaltung u.a. mit der Behauptung betrieb, zunächst müsse es wieder ein einheitliches deutsches Reich geben, bevor über die Einheit der Arbeiterklasse, ja sogar bevor über die Einheit der SPD in den Westzonen mit der SPD der Ostzone gesprochen werden könne.

Am 10. Februar 1946 faßte eine SPD-Funktionärskonferenz in Wiesbaden einen Beschluß, der den Willen zur Einheit mit dem Widerstand Schumachers in einer Kompromißformel verbinden sollte:

„Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse ist eine Notwendigkeit Sie wird von den Parteitag in ganz Deutschland beschlossen werden. Bis dahin bleiben die beiden Parteien selbständig.“

In dieser Resolution wird eine „kameradschaftliche Zusammenarbeit“ proklamiert, die den „Zusammenschluß geistig vorbereiten“ solle. Dem solle eine „Studienkommission“ aus je vier Vertretern beider Parteien dienen.

Diese Studienkommission wurde nie gebildet. Vorschlägen der KPD gegenüber erklärten die SPD-Funktionäre, sie müßten „Disziplin wahren“. Der konsequenteste Sprecher für die Zusammenarbeit, der Genosse Maass, wurde kaltgestellt.

Der Weg der SPD nach rechts

Die Tätigkeit des Aktionsausschusses SPD/KPD in Hessen wurde nie formell aufgekündigt. Aber nach dem Eingreifen Dr. Schumachers erschienen die SPD-Genossen nicht mehr zu Sitzungen, reagierten auch nicht auf Einladungen. Auf einem anderen Gebiet dagegen entwickelt sich eine neue Form der Zusammenarbeit:

Am 30. Juni 1946 wurde die Verfassungsberatende Landesversammlung gewählt, die binnen drei Monaten einen Verfassungsentwurf vorlegen sollte. Die Linksmehrheit in diesem Vorparlament (42 plus 7 Abgeordnete der Arbeiterparteien gegen 35 plus 6 der CDU und LDP) wurde auf Initiative der KPD-Fraktion zu einem ausschlaggebenden Faktor bei der Erarbeitung des Verfassungstextes. SPD-Landesvorstand und SPD-Fraktion agierten stark unter dem Einfluß von Resolutionen aus Betrieben und Gewerkschaften und den Forderungen der SPD-Fraktion. So erklärte Willi Knothe in der

ersten Lesung des Verfassungsentwurfes am 5. August 1946:

„Die Demokratie muß innerhalb des Wirtschaftsgeschehens ebenfalls den Sieg davontragen. Es müssen deshalb nach unserer Auffassung in der neuen Verfassung alle Voraussetzungen geschaffen werden, daß sich die Wirtschaftsmächte nicht mehr reaktionär entfalten können gegen die politische Demokratie und gegen den demokratischen Staat. ...Wir wollen die Wirtschaft, die nur eine sozialistische sein kann und die die Aufgabe hat, dem Wohlstand aller zu dienen, für den Frieden intensivieren, und nach dem Bedarf planmäßig lenken. ...Wir Sozialdemokraten sind der Meinung, daß der ungeheure materielle Notstand, in dem sich Deutschland befindet, nicht zuläßt, daß innerhalb der Wirtschaft noch nach dem Profitmotiv gehandelt wird. Es kommt nicht darauf an, was einzelne Großunternehmer oder Gesellschafter an Gewinn oder Dividenden verteilen können, sondern darauf, daß die Tendenz der Gesamtwirtschaft diesem Notstand Rechnung trägt. Auch sind wir Sozialdemokraten weiter der Auffassung, daß die Schlüsselindustrien wie die des Bergbaus, der Eisen- und Stahlerzeugung, der Energiewirtschaft, der Großbanken, der Kreditinstitute usw. aus der privatwirtschaftlichen Machtsphäre losgelöst werden müssen und in das Gemeinwohl zu überführen sind.“

Noch am 29. Oktober 1946, wenige Wochen vor dem Volksentscheid gelobte Knothe: *„Wir werden unsere ganze politische Kraft dafür einsetzen, daß die Verfassung des Landes Hessen nicht ein Stück Papier bleibt, sondern daß diese Verfassung in unserem Geiste Leben erhält, daß sie durchgeführt wird im Geiste demokratischer sozialistischer Realität.“* Zwischen diesen beiden Erklärungen liegen jedoch Wochen heftigen Ringens um den konkreten Inhalt der Verfassung. Der dem rech-

ten Flügel der CDU angehörende Abgeordnete Großkopf formulierte die Taktik seiner Fraktion rückblickend mit unverhohlener Freude:

„Das Bestreben der CDU-Mehrheit ging dahin, auf jeden Fall zu einem Kompromiß mit der SPD zu kommen: Der linke Flügel, weil er Sozialisierungen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstand, der rechte Flügel aus taktischen Gründen, weil so eine SPD/KPD-Koalition verhindert werden konnte, die nicht ohne weiteres rückgängig zu machende - in der Verfassung verankerte - grundlegende Weichenstellungen in der Wirtschaftspolitik zur Folge gehabt haben könnte, weil die Gefahr bestand, daß die SPD - auf die KPD angewiesen - sich noch weiter nach links entwickeln würde, weil in den Kompromißverhandlungen die Sozialisierungsvorstellungen ‚entschärft‘ werden könnten.“

Dieses Heraustrennen der SPD aus der Linksmehrheit gelang der CDU denn auch in Zusammenarbeit mit der Militärregierung und gestützt auf den rechten Flügel der SPD-Fraktion. Durch Vermittlung des „Politischen Beraters“ des Militärgouverneurs trafen sich insgeheim am 30. September 1946 während der 2. Lesung der Verfassung die CDU-Abgeordneten Köhler, Kanka und Stieler mit den SPD-Abgeordneten Bergsträsser, Caspary und Stock. Bis dahin war jeder Artikel des Verfassungsentwurfs von Beauftragten der SPD und KPD gemeinsam ausgearbeitet und dann gemeinsam den beiden anderen Parteien vorgelegt worden, wobei die CDU oftmals zustimmte, teils unter dem Druck ihres linken Flügels, teils um nicht als einflußlose Minderheit ausgeschaltet zu sein. Nun, am 30. September wurden die KPD-Abgeordneten nicht nur ausgeschaltet, sondern das Treffen zwischen den Vertretern von SPD und CDU wurde von ihnen geheimgehalten und anschließend zunächst sogar abgeleugnet.

Der insgeheim erzielte Kompromiß beinhaltete vor allem folgende Veränderungen gegenüber dem Text der 2. Lesung des Verfassungsentwurfs:

die chemische Industrie wurde aus der Liste der in Gemeineigentum zu überführenden Industrien (Artikel 41) gestrichen;

die Nennung der Unternehmer und Unternehmerverbände im Zusammenhang mit „Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit insbesondere zu monopolistischer Machtzusammenballung“ (Artikel 39) wurde gestrichen;

die Festlegung auf eine einheitliche Sozialversicherung für Arbeiter, Angestellte und Beamte (Artikel 35) wurde gestrichen;

die Festlegung auf ein einheitliches Schulwesen wurde gestrichen; Religionsschulen und Privatschulen sollten wieder zugelassen sein; die Kirche wurde als dem Staat gleichberechtigt in einem eigenen Verfassungsabschnitt (IV, Artikel 48 - 54) mit besonderen Rechten ausgestattet.

Als in der SPD-Fraktion scharfe Kritik an dieser Rechtschwenkung der SPD-Unterhändler laut wurde, erklärte Bergsträsser offen:

„Für uns war das Entscheidende, daß wir von vornherein die Absicht gehabt hatten, wenn es gehe, mit der CDU die Verfassung zu machen.“

In der CDU-Fraktion wurde offen gesagt: *„Die Forderungen der SPD und KPD würden eine so gut wie voraussetzungslose Sozialisierung aller mehr oder weniger großen Betriebe bedeutet haben. Es kam also zunächst darauf an, die Voraussetzungen für die Überführung von*

Betrieben in Gemeineigentum dem Grundsatz nach fest abzugrenzen. Dies ist geschehen durch die Einführung des Begriffs des ‚Mißbrauchs der wirtschaftlichen Freiheit in Artikel 39.‘“

Am selben 30. September, da die SPD-Fraktion auf dieser Basis ihr Geheimabkommen mit der CDU unter Bruch der bisherigen Zusammenarbeit mit der KPD vereinbarte, schrieb der Landesvorsitzende der KPD Hessen, Walter Fisch, zur Information an die Kommunisten in Baden-Württemberg, die ebenfalls in Verfassungsberatungen standen, über den bisher ausgearbeiteten Verfassungsentwurf:

„Dieser Entwurf ist im wesentlichen das Produkt einer engen Zusammenarbeit der SPD- und KPD-Fraktion, die äußerlich u.a. darin zum Ausdruck kam, daß zuletzt wiederholt gemeinsame Fraktionssitzungen stattfanden, und daß in allen entscheidenden Punkten oder in solchen, in denen Meinungsverschiedenheiten zu erwarten waren, eine vorherige Verständigung erfolgte. Man kann sagen, daß in einer Reihe von wichtigen Fragen die SPD sich unserer Initiative angeschlossen hat. Es war auf Grund dieser engen Zusammenarbeit der Linksmehrheit im Ausschuß wiederholt möglich, die CDU zu Rückzügen zu veranlassen. In vielen Punkten kam es zu einer einheitlichen Stellungnahme aller vier Parteien, in zahlreichen entscheidenden Fragen aber wurde der beschlossene Text durch Kampf- abstimmung(en) erzielt, in denen die linke Mehrheit sich durchsetzte. Der vorliegende Text ist also zu einem großen Teil der Text der linken Mehrheit. Dies trifft insbesondere zu für den Abschnitt III (soziale und wirtschaftliche Rechte und Pflichten) ...“

Wie die SPD-Mitglieder hinters Licht geführt wurden, dafür ist bezeichnend, was ihr Abgeordneter Bergsträsser

Anfangsdaten

April 1945:

Einsetzung von Ludwig Bergsträsser
zum ersten Regierungspräsidenten
in Darmstadt

8. Mai 1945:

Bedingungslose Kapitulation
Deutschlands

August 1945:

Zulassung von Parteien

19. September 1945:

Proklamation Groß-Hessens durch
General Eisenhower

12. Oktober 1945:

Einsetzung von Karl Geiler zum
ersten Ministerpräsidenten

ab 20. Januar 1946:

Erste Kommunalwahlen

Februar 1946:

Bildung eines paritätisch besetzten
Beratenden Landesausschusses

30. Juni 1946:

Wahl der Verfassungsberatenden
Landesversammlung

1. Dezember 1946:

Abstimmung über die Verfassung
und Wahl des ersten Hessischen
Landtages

4. Dezember 1946:

Umbenennung des Landes von
Groß-Hessen in Hessen

Communist Party

District: Groß-Gerau
Locality: Mörfelden

Date: 14. January 1946

To the
Military Government

We take the liberty to ask the American authorities to grant a public meeting of the
Communist Party

date: Friday the 25th January evening 20 o'clock

in: Mörfelden beergarden "Lichtspiele Ludwigshalle"

schedule: Freedom - Reconstruction - Democracy

speaker: Mister Emil Carlebach, Frankfurt a.Main

We should be much obliged to you for getting the permission as soon as possible.

Very sincerely yours

On behalf of Communist Party

Kommunistische Partei Deutschlands
Kreisleitung Gr. Gerau

*H.K. Willmanny Jr.
1st. H. C.A.C
15 Jan 46*

E. A. Hoffmann

Kommunistische Partei

Kreis: Groß-Gerau
Ort: Mörfelden

Datum: 14. Januar 1946

An die
Militärregierung

Wir erlauben uns die höfliche Bitte um Gewährung einer öffentlichen Versammlung
der Kommunistischen Partei:

am: Freitag, den 25. Januar abends 20.00 Uhr

in: Mörfelden Lokal "Lichtspiele Ludwigshalle"

Thema: Frieden - Aufbau - Demokratie

Redner: Emil Carlebach, Frankfurt a.Main

Für baldige Erledigung wären wir Ihnen sehr verbunden.

Mit ergebenen Grüßen

Für die Kommunistische Partei
Kommunistische Partei Deutschlands
Kreisleitung Gr. Gerau

K 015

ser - einer der Unterhändler bei der Kompromißverhandlung mit der CDU am 30. September - am 14. Oktober 1946 vor Vertrauensleuten der SPD im LOK-Werk Darmstadt sagte:

„Inzwischen waren einzelne Herren der CDU aus dem Verfassungsausschuß der CDU gekommen und hatten gefragt, ob wir uns nicht doch an ihren Verhandlungstisch setzen wollten.... Montags hatten wir uns dann zusammengesetzt und vier Stunden verhandelt. In diesen vier Stunden wurde dann die Abmachung getroffen, von der Sie dann in der Zeitung gelesen haben.... Etwas ist sehr schnell durchgesetzt worden, und ich bitte die wenigen Frauen, die hier anwesend sind, das den übrigen sehr deutlich zu sagen: die volle Gleichberechtigung der Frau und zwar zunächst die volle Gleichberechtigung im öffentlichen Leben. Da besteht ein wesentlicher Unterschied gegenüber der Verfassung von Weimar, denn in der Weimarer Verfassung war festgelegt: ‚Die Frau steht im öffentlichen Leben dem Manne grundsätzlich gleich‘. ‚Grundsätzlich‘ bedeutet nun in der Sprache der Rechtskundigen nicht, daß sie unbedingt gleichsteht, sondern daß man Ausnahmen machen kann, und so ist die Gleichberechtigung der Frau im öffentlichen Leben in der ganzen Zeit der Weimarer Verfassung nicht durchgeführt worden. Doch jetzt muß sie durchgeführt werden....

Dann ist auch im wirtschaftlichen Teil etwas durchgesetzt worden - auch das bitte ich in die breite Öffentlichkeit zu tragen - und zwar, daß die Frau bei gleicher Leistung gleichen Lohn bekommt: das bedeutet, daß Tarifverträge wie sie seither bestanden haben, wobei eine Frau als Buchhalterin trotz gleicher Leistung 10 Prozent weniger bekam als ein Mann, aufgehoben werden. ...

Der zweite strittige Teil: unsere Zugeständnisse im wirtschaftlichen Teil. Hier haben wir einige Zugeständ-

nisse gemacht, die ja von der KPD sehr stark kritisiert werden. Das erste dieser Zugeständnisse ist: der Ausdruck in Bezug auf die Sozialversicherung hieß ursprünglich: ‚Auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Versicherten wird ein einheitlicher Versicherungsträger gebildet, dessen Organe von den Versicherten in allgemeiner und gleicher Wahl bestimmt werden. Das Nähere bestimmt das Gesetz. ‚Dieser ‚einheitliche Versicherungsträger‘ ist nun in der letzten Formulierung weggefallen.

In der Frage der Sozialisierung haben wir folgendes getan: Wir haben durchgesetzt die Sofortsozialisierung in einer Form, wie sie noch niemals in einer deutschen Verfassung enthalten war; nämlich, daß mit dem Inkrafttreten dieser Verfassung nicht erst Gesetze geschaffen werden, um bestimmte Betriebsarten zu sozialisieren, sondern, daß sie schon mit dem Inkrafttreten sozialisiert werden. ...

Herausgenommen wurde - das ist ein Zugeständnis von uns an die CDU - die chemische Großindustrie, wobei IG Farben nicht mitzählen, denn die werden ja von den Amerikanern verwaltet. ...

Nun ist dann in der Landesversammlung ein Antrag gestellt worden auf die Sozialisierung von Merck (Dieser Antrag beruhte auf einem Beschluß der Betriebsräte von Merck und wurde von der KPD eingebracht.)... Dem haben wir nicht zugestimmt. ... Solange wir diesen Kompromiß mit der CDU haben, daß die chemische Großindustrie aus der Sofortsozialisierung draußen bleibt, können wir natürlich die Sofortsozialisierung der chemischen Industrie nicht auf einem anderen Weg beschließen. Das wäre eine Beschwindelung der CDU. Wir können das nicht machen.... Dann wurde noch eine Änderung in einem anderen Artikel durchgeführt.

Die frühere Formulierung hieß, daß jeder Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit, insbesondere zum Ausbau monopolistischer Machtzusammenballung und der Erlangung politischer Macht untersagt sei. Ursprünglich stand da: ‚Seitens einzelner Unternehmer oder Unternehmungen‘. Dies ist weggefallen. ... Das ist auch deshalb geschehen, weil die CDU sagte: „Warum nennt man dabei Unternehmer, die Gewerkschaften oder sonst jemand könnten ja so etwas vielleicht auch machen. Wir haben uns damit einverstanden erklärt, die Unternehmer zu streichen....“

Unser letztes Zugeständnis war das: es wurde festgelegt, daß der Schulunterricht in allen Schulen grundsätzlich frei ist (Mittelschule, Höhere Schule). Der CDU haben wir aber das Zugeständnis gemacht, daß die Lernmittel zwar an der Grundschule, Mittel- und Höheren Schule frei sind, nicht aber an den Hochschulen: wenn jemand nicht begütert ist, als Student, kann man ihm - was in der Verfassung vorgeschrieben ist - mit besonderen Beihilfen einen Ausgleich schaffen.“

Alles, was Bergsträsser den gutgläubigen Vertrauensleuten der SPD erzählte war unwahr. Weder gab es die versprochene Gleichberechtigung der Frau noch die „Sofortsozialisierung“. Wohl aber retteten er und seine Freunde die Unternehmerverbände, die chemische Großindustrie und die Interessenten an einer aufgespalteten Sozialversicherung vor den Festlegungen, die noch Ende August 1946 im Entwurf des Verfassungstextes festgeschrieben waren. Dabei war sich Bergsträsser völlig im klaren darüber, worum es politisch ging. Wörtlich:

„Warum hat die CDU diesen Kompromiß gemacht? Natürlich auch, weil sie ihren Vorteil finden will. Sie hatte eine gewisse Bange davor, daß die KPD und die SPD allein diese Verfassung machen und dann vielleicht

bei dem Volksentscheid siegen würden.... Die CDU befürchtete, daß im nächsten Landtag eine sozialistische Mehrheit kommen könnte, die dann die CDU vollständig aus der Regierung rausdrückt.“

Es kam dann tatsächlich im nächsten Landtag wieder zu einer sozialistischen Mehrheit. Die nach rechts abgewanderte SPD-Führung aber ging den Weg jenes „Kompromisses“ weiter, bildete mit der CDU die Große Koalition und drückte die von 7 auf 10 angewachsene KPD-Fraktion aus der Regierung hinaus. Knothes feierliche Ankündigung wurde von ihm selbst Lügen gestraft: die Verfassung blieb - bis heute - ein Stück Papier. In dem gleichzeitig mit dem Volksentscheid am 1. Dezember 1946 gewählten 1. Hessischen Landtag standen 38 Sozialdemokraten und 10 Kommunisten 28 CDU-Abgeordneten und 14 Liberal-Demokraten gegenüber; erneut eine klare Linksmehrheit.

Aber die SPD ließ sich dazu herbei, mit der CDU eine Regierung zu bilden, die aus 4 Sozialdemokraten und aus vier CDU-Ministern bestand. Und als sozialdemokratischen Wirtschaftsminister holte man aus Niedersachsen, wo Dr. Schumacher amtierte, einen Mann, der bis zum 8. Mai 1945 Prokurist und damit gesetzlicher Vertreter des reichsten Mannes Deutschlands, Friedrich Flick, gewesen war. Dieser Mann, Dr. Harald Koch, sollte nun die Überführung der Großindustrie (darunter des Flick-Betriebes Buderus!) in Gemeindeeigentum realisieren. Die Hoffnungen der SPD-Arbeiter und der Gewerkschaften wurden bitter enttäuscht.

Am 14. April 1947 veröffentlichten daraufhin Mitglieder und Funktionäre der SPD den folgenden offenen Brief an den Landesvorstand:

„Werte Genossen!

Wir Unterzeichneten erklären hiermit unseren Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei, da wir es als So-

zialisten mit unserem Gewissen, mit unserer Auffassung über die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus nicht länger vereinbaren können, einer Partei anzugehören, die weder demokratisch noch sozialistisch ist, und deren Politik wir für verderblich halten. Seit etwa 4 Jahrzehnten wird die Politik der Sozialdemokratischen Partei von einer geistigen Auffassung bestimmt, die sich von den lebendigen Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus immer weiter entfernt hat. Es war August Bebel gewesen, der mit aller Entschiedenheit gegen das lähmende und jede Bewegung tötende Gift des Revisionismus kämpfte und die

Sozialismus
EINE
GEGENWARTSAUFGABE

DR. SCHUMACHER
AUF DEM PARTEITAG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
IN HANNOVER

Partei eindringlichst davor warnte, eine soziale Reformpartei zu werden. Die Partei hat diese Warnung in den Wind geschlagen! Das Urteil aber hat die Geschichte gesprochen!

Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, 1918 die Revolution verloren, Wiederaufleben der Reaktion, Sieg des Faschismus, 6 Jahre Hitlerkrieg und am Ende ein zerschlagenes und zum Bettler der Welt gewordenes Deutschland. Die Niederringung des faschistischen Deutschland durch die Heere der Vereinten Nationen war verbunden mit dem Zusammenbruch der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland. Auf den Trümmern dieser alten, untergegangenen Welt muß ein wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Neubau errichtet werden. Nach dem völligen Versagen der herrschenden Klassen, die ausschließlich die geschichtliche Fehlentwicklung unseres Volkes bestimmten – auch nach 1918, weil damals eine zaghafte, vor entscheidenden Maßnahmen zurückschreckende Führung der SPD den Schutz der Republik den kaiserlichen Generalen und dem Feldmarschall von Hindenburg anvertraute – kann nur die deutsche Arbeiterbewegung Träger eines wahrhaft demokratischen und sozialistischen Neuaufbaus sein. Wenn aber nach 1918 die Arbeiterschaft getrennt geschlagen wurde, so bedarf es wenig Einsicht, um zu erkennen, daß sie nur vereint unter Führung einer zielbewußten und entschlossenen sozialistischen Partei ihren geschichtlichen Auftrag erfüllen und unser Volk aus den Ruinen zu neuem Leben führen kann.

Es ist die historische Schuld der derzeitigen sozialdemokratischen Parteiführung, sich dieser nüchternen Erkenntnis verschlossen zu haben. Statt die Einheit der deutschen Arbeiterklasse zu schaffen, stellt sie sich ihr unter Mißachtung jeder inneren Parteidemokratie mit den Mitteln des geistigen Terrors in den Weg, hindert somit die deutschen Arbeiter an der Erfüllung ihrer

geschichtlichen Aufgabe und ist auf dem besten Weg, die letzte Lebenschance unseres Volkes zu verspielen. Statt sich freimütig auch zu ihren Fehlern nach 1918 zu bekennen und die so teuer bezahlten geschichtlichen Lehren zu beachten, hält die SPD-Führung ihre Politik in der Vergangenheit für unantastbar und wiederholt die Politik der Halbheiten, des ständigen Nachgebens und der prinzipienlosen Kompromißpolitik, die in jedem denkenden Arbeiter unwillkürlich die Erinnerung an die Wahl Hindenburgs, der Zustimmung zu Panzerkreuzern, der widerstandslosen Beseitigung der „preußischen Machtposition Braun-Severing“ durch einen Leutnant und 3 Mann usw. wachruft. Die verhängnisvollen Auswirkungen dieser Politik sind indessen offenkundig geworden. So stellt die SPD-Führung selbst fest, daß sie die reaktionäre und rückläufige Entwicklung „seit Monaten mit wachsender Besorgnis beobachtet“. Seit wann ist es denn Aufgabe einer politischen Partei, dazu noch der zahlenmäßig stärksten im Westen, die Entwicklung nur zu beobachten anstatt zu gestalten? Es ist höchst gefährlich, nur zu „beobachten“, zumal in einer geschichtlich so bewegten Zeit, und es ist ebenso billig wie gefährlich, nach der These „Totaler Sieg bedeutet totale Verantwortung“ die Schuld anderen zuzuweisen.

Wir sind beispielsweise mit der SPD-Führung durchaus der Ansicht, daß die Frage der Ernährung in den Händen eines sozialistischen Ministers besser aufgehoben wäre, als bei einem Ernährungsminister der CDU. Wenn die SPD-Führung nun die Ernährungsminister der CDU für die mehr als gespannte Ernährungslage, für die ungleichmäßige Behandlung der Länder in der amerikanischen Zone verantwortlich machen will, so fragen wir:

Wer hat denn der SPD vorgeschrieben, die auf durchaus demokratischem Wege erzielte Linksmehrheit in Hessen zu zerschlagen, einen klaren Volksauftrag zu igno-

rieren und Herrn Großpächter Lorbe von der CDU zum Ernährungsminister zu bestellen? Wer schreibt den sieben Mitgliedern der SPD-Fraktion des Hessischen Landtags vor, durch Stimmenthaltung das von der KPD eingebrachte Betriebsrätegesetz zu Fall zu bringen und damit die Demokratisierung der Wirtschaft zu verschleppen?

Nein, es ist der Politik der SPD-Führung zuzuschreiben, wenn die Reaktion von Tag zu Tag mehr Boden gewinnt. Wir haben als verantwortungsvolle Sozialisten gegen die Fortsetzung dieser von der Geschichte bereits verurteilten Politik gekämpft und sind für die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung eingetreten. Wir haben uns dabei nur von der berechtigten Sorge um eine Wiederholung der demütigenden Ereignisse nach 1918 leiten lassen und von dem Willen, den seit mehr als 8 Jahrzehnten von deutschen Arbeitern mit soviel Hingabe, Idealismus und Opfern geführten Kampf um wahre Demokratie und Sozialismus zu Ende zu führen. Noch niemals in der Geschichte der Sozialdemokratie wurden Beschlüsse wie jene von Enkheim, Hannover und Offenbach gefaßt, wo man in undemokratischer Unduldsamkeit die Ächtung der Anhänger des sozialistischen Einheitsgedankens aussprach und sie ohne Verfahren als außerhalb der Partei stehend erklärte. Satzungswidrig und gegen jede demokratische Grundregel verstoßend, verleugnet die SPD-Führung damit auch die im SPD-Mitteilungsblatt vom 17.1.1947 veröffentlichten Parteigrundsätze, wonach Minderheiten ein anerkanntes Recht auf Kritik und praktische Betätigung innerhalb der Partei haben und die Chance besitzen, in der Partei zur Mehrheit zu werden. Die Unterzeichneten, zum Teil seit vielen Jahrzehnten in der Sozialdemokratie und in der Arbeiterbewegung stehend, haben darauf nur eine Antwort: den Austritt aus der Partei. Unser Ringen um die Einheit der deutschen Arbeiter-

klasse wird deswegen keine Unterbrechung erfahren, und wir rufen Euch in dieser Stunde zu: Glaubt nicht das Märchen von der Zwangsvereinigung im Osten. Wir haben uns mit eigenen Augen überzeugt. Vernunft, Einsicht, Verantwortungsbewußtsein, die gemeinsame Not und das gemeinsame Ziel der Demokratie und des Sozialismus haben zur Einheit geführt. Die Sozialistische Einheitspartei mit 2 Millionen Mitgliedern verkörpert jene große Tradition, die mit den Namen Karl Marx, Friedrich Engels, August Bebel, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg für immer in die Geschichte eingegangen ist.

Wir wissen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter die Überwindung der Spaltung von ganzem Herzen ersehnen. Wir fordern sie deshalb auf, Schluß zu machen mit dem der Reaktion dienenden Bruderstreit und vertrauen darauf, daß sie sich in großer Stunde nicht klein zeigen.

„Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ haben wir auf unsere Fahnen geschrieben. Wir gehen auf diesem Weg voran, indem wir herstellen: die Einheit der deutschen Arbeiterklasse.

Es lebe die Demokratie!

Es lebe der Sieg des Sozialismus!

Karl Hauser, Ingenieur, Kronberg i.T.

Paul Kohlhöfer, Schriftsteller, Trais-Münzenberg

Wilhelm Dieterle, Mechaniker, Frankfurt a.M.

Otto Lichtinger, Geschäftsführer, Frankfurt a.M.

Leonhard Daum, Lehrer, Brensbach

Jakob Kern, Darmstadt

Wilhelm Fester, Verw.-Insp. aD., Schlitz

Ernst Knevels, Schlosser, Münzenberg

Ludwig Obst, Wirtschaftsprüfer, Frankfurt a.M.

Heinrich Leschhorn, Schlosser, Wölfersheim

Rudolf Hänsch, Ingenieur, Frankfurt a.M.

Maria Hohmann, Hausfrau, Frankfurt a.M.

Gottfried Bassler, Bezirksvorsitzender Gewerkschaft Druck und Papier, Darmstadt

Heinrich Pfeffer, Schichtmeister, Wölfersheim

Die Haltung der KPD

Trotz der Kastrierung wesentlicher Verfassungsbestimmungen entschied sich die KPD für die Unterstützung des endgültigen Textes, da er noch immer für ganz Westdeutschland vorbildlich war. Den Kommunisten ging und geht es darum, durch außerparlamentarischen Kampf die verbliebenen fortschrittlichen Verfassungsartikel in die Tat umzusetzen und die Sabotage dieser Bestimmungen durch Regierung und Verwaltung zu überwinden. Die grundsätzliche Haltung der KPD Hessen formulierte die Landesleitung der KPD in einer Broschüre: „Im Dienste des Volkes. Bericht über die Tätigkeit der Vertreter der KPD im Verfassungsausschuß Groß-Hessen. Um eine fortschrittliche Verfassung.“, die 1946 in Frankfurt veröffentlicht wurde. Darin heißt es:

„Wir bemühten uns vom ersten Tage an, zu einer engen Zusammenarbeit mit der SPD zu kommen, und bereits die Diskussion zu Beginn der Tätigkeit des Verfassungsausschusses zeigte, daß auch die SPD bereit sein müsse, mit uns zusammenzugehen, wenn sie Wert darauf legte, ihre entscheidenden Forderungen durchzusetzen. Die Angriffe der CDU und LDP begannen gleich am ersten Tag, waren massiv, und es bedurfte der geeinten Kraft der beiden Arbeiterparteien, um sie abzuschlagen. Am 13. August 1946 schrieben wir folgenden Brief an die Fraktion der SPD in der Verfassungsgebenden Versammlung Groß-Hessen: „Lieber Genosse Knothe! Bereits die ersten Diskussionen im Verfassungsaus-

schuß haben ergeben, wie schlecht es ist, daß beide Fraktionen der Arbeiterparteien sich nicht vorher über bestimmte Grundsätze verständigt haben. Ich erinnere nur an die Diskussion über die Frage des Sozialismus als Staatsform für Hessen und auch über die Diskussion des passiven Wahlalters. Dabei darf nie vergessen werden, daß bisher eigentlich nur nebensächliche Fragen diskutiert wurden. Aus den bisherigen Diskussionen geht eindeutig hervor, daß dagegen die CDU und die LDP sich in bestimmten Punkten geeinigt haben und eine einheitliche Linie vertreten werden.

Aus diesem Grunde beantragen wir erneut, daß zwischen den Vertretern der Fraktion der SPD im Verfassungsausschuß und unserer Vertretung eine gemeinsame Aussprache stattfindet. ... Wie in Frankfurt, sind wir auch in der Verfassungsgebenden Versammlung bereit, die Verantwortung mitzutragen. Das setzt aber gemeinsame Besprechungen und gemeinsame Beschlüsse voraus. Aus diesem Grunde bitten wir Euch zu beschließen, daß noch heute eine gemeinsame Aussprache von Vertretern der beiden Fraktionen stattfindet.“

Im Anschluß daran kam es zu gemeinsamen Aussprachen zwischen der SPD und der KPD. Wir müssen mit Freude feststellen, daß die Zusammenarbeit von Tag zu Tag besser wurde, daß es möglich war, daß ein Genosse von uns in der Fraktion der SPD sprach, genauso wie ein Genosse der SPD in unserer Fraktion.

Diese gemeinsame Haltung verstärkte sich immer mehr in der Tätigkeit des Verfassungsausschusses und das Resultat war ganz zweifellos für die Arbeiterschaft und für das gesamte schaffende Volk sehr positiv. Dabei zeigten wir uns ohne weiteres bereit, unter der Bedingung, daß zwischen SPD und KPD ein einheitliches

Georg Buch

24. 9. 1903 - 5. 8.1995



Georg Buch (SPD) gehörte der Verfassungberatenden Landesversammlung in Hessen an.

Buch besuchte von 1909 bis 1917 die Volksschule. Anschließend absolvierte er von 1917 bis 1921 eine Lehre als Schriftsetzer.

1920 trat er dem Arbeiter-Jugend-Bund bei, 1921 der SPD. 1928 wurde er Propagandaleiter des Unterbezirks Wiesbaden der SPD.

1933 wurde er Stadtverordneter und Vorsitzender der SPD in Wiesbaden. Vom 14. September bis zum 28. September 1933 befand er sich in Schutzhaft.

Zwischen 1941 und 1945 befand er sich wegen Vorbereitung zum Hochverrat in verschiedenen Gefängnissen in Untersuchungs- und Strafhaft und war in den Konzentrationslagern SS-Sonderlager Hinzert und Sachsenhausen interniert.

Er war bis zuletzt Präsidiumsmitglied des Sachsenhausen-Komitees für die Bundesrepublik Deutschland.

Buch war von 1946 bis 1950 und von 1954 bis 1974 Mitglied des Hessischen Landtags. Von 1959 bis 1960 übte er das Amt des Vorsitzenden und von 1960 bis 1966 das des stellv. Vorsitzenden der SPD-Fraktion aus.

Von 1966 bis 1974 war er Präsident des Hessischen Landtags.

Vorgehen gesichert ist, uns auch an Verhandlungen mit den beiden bürgerlichen Parteien zu beteiligen, um zu versuchen, eine Verfassung zustande zu bringen, die von so viel wie möglich Parteien dem Volke zur Annahme empfohlen wird. Wenn diese Versuche scheiterten, so tragen dafür einzig und allein die bürgerlichen Parteien die Verantwortung. Die LDP war nicht bereit, Konzessionen zu machen. Die CDU schwankte hin und her und unterlag vor der 2. Lesung schließlich dem reaktionären Flügel innerhalb ihrer Partei. Für die CDU war die Arbeit für die Verfassung ein Handelsgeschäft, das selbstverständlich von unserer Seite nicht mitgemacht werden konnte. Endlich muß auch an dieser Stelle wiederholt festgestellt werden, daß es fast unmöglich war, mit der CDU zu einer allgemein verbindlichen Abmachung zu kommen, denn so oft erlebten wir, daß die CDU ein Ja zwei Tage später in ein Nein umwandelte, und es waren Vertreter der SPD, die damals erklärten, es sei fast unmöglich, mit der CDU zu einer Einigung zu kommen, da diese bewiesen habe, daß sie nicht vertragsfähig sei.

Wieso kam es trotzdem zum plötzlichen Kompromiß zwischen der SPD und der CDU?

Die vorhergehenden Ausführungen scheinen im absoluten Widerspruch zu stehen zu der Tatsache, daß es doch noch zu einer Einigung zwischen SPD und CDU gekommen ist. Der Kompromiß kam ohne Zweifel aufgrund einer Einflußnahme der Militärregierung zustande. Für die CDU, die immer hin und her schwankte, bedeutete dieser Kompromiß nicht viel, da sie gewohnt ist, in der Politik ein Geschäft zu sehen. Die SPD erklärte sich zu diesem Kompromiß bereit, da es ihrer Führerschaft doch etwas zu unheimlich erschien, allein mit der KPD in den Wahlkampf zu gehen. Um dies zu

verhindern, war sie auch bereit, eine Reihe entscheidender Forderungen aufzugeben.

Wer die Tage des Abschlusses des Kompromisses miterlebte, konnte sehen, welches schlechte Gewissen die SPD dabei hatte und wie die CDU ob des Sieges über die SPD strahlte. Der Hintergedanke bei dem Kompromiß war zweifellos, die Kommunisten zu isolieren.

Die Folgen des Kompromisses zwischen SPD und CDU: In den wesentlichsten Forderungen hat die SPD der CDU nachgegeben.

Der Kompromiß betrifft alle drei Kapitel die im Verfassungsausschuß umstritten waren:

a) Soziale und wirtschaftspolitische Rechte und Pflichten

1. In diesem Kapitel hat die SPD zugestimmt, daß die einheitliche Sozialversicherung aufgegeben wird und daß nur gesagt wird, eine Sozialversicherung sei sinnvoll aufzubauen.
2. Das Streikrecht wird nur noch anerkannt, wenn die Gewerkschaften den Streik erklären. Dies bedeutet, daß die einzige Waffe der Arbeiterschaft eingengt worden ist.
3. Während im Verfassungsausschuß eindeutig gesagt worden ist, daß der Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit nur von Seiten der Unternehmer kommen kann und deshalb der Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit durch die Unternehmer oder ihren Vereinigungen und die Bildung solcher Vereinigungen untersagt ist, hat die SPD zugestimmt, daß nur noch allgemein vom Mißbrauch der wirtschaftlichen Freiheit gesprochen wird, d.h., die SPD stimmt der Erklärung der CDU zu, daß auch

- die Arbeiterschaft Mißbrauch mit der wirtschaftlichen Freiheit treiben kann.
4. In dem Artikel, der von Sofort-Überführung in Gemeineigentum handelt, wird aufgrund des Kompromisses die chemische Großindustrie herausgenommen. Das war vom ersten Tag an eine Forderung der CDU, der jetzt die SPD zustimmte.

Gerade bei dieser Forderung wurde klar, wie weit man kommt, wenn man sich einmal zu prinzipienlosen Kompromissen bereit erklärt. Als wir nach der Ablehnung der Aufnahme der chemischen Großindustrie in das Kapitel „der in Gemeineigentum zu überführenden Betriebe“ den Antrag stellten, das Parlament möge beschließen, der chemische Großbetrieb Merck, Darmstadt, sei in Gemeineigentum zu überführen, unter den gleichen Bedingungen, wie sie einige Wochen vorher von der SPD festgelegt worden waren, für die Überführung der IG Farben-Werke in Gemeineigentum (der Antrag war im Parlament einstimmig angenommen worden), stimmten mit der CDU und der LDP die Abgeordneten Knothe, Bergsträsser, Metzger, Stock und Caspary von der SPD gegen unseren Antrag und brachten ihn so zur Ablehnung.

b) Staat, Kirche und Schule

In diesem Kapitel hat sie SPD die größten Konzessionen gemacht.

1. Sie stimmte zu, daß bereits in der Überschrift die Kirchen besonders erwähnt wurden.
2. Sie stimmte zu, daß jene Artikel aus dem gemeinsamen Entwurf der SPD und KPD gestrichen wurden, die den Mißbrauch der Kirche zur Beeinflussung des politischen Lebens untersagten und strafbar machten.
3. Die SPD stimmte zu, daß die Kirche dem Staat gleichgestellt wird.
4. Sie stimmte zu, daß der Grundsatz der Gemeinschaftsschule dadurch aufgegeben wird, daß gesagt wird „in der Regel“ Gemeinschaftsschule, d.h. es kann auch andere Schulen geben.
5. Die SPD mußte zustimmen, daß in jenen Gebieten, in denen es vor 1933 Konfessionsschulen gab, diese wieder hergestellt werden können, wenn die Eltern es wünschen. Das bedeutet, daß im ganzen Regierungsbezirk Kassel und in Frankfurt am Main wieder Konfessionsschulen kommen werden. Das bedeutet weiter, daß den Kirchen auf die Erziehung der Kinder ein entscheidender Einfluß eingeräumt wird. Das bedeutet drittens, daß die SPD zugestimmt hat, daß eine wesentliche Forderung der Demokratie, nämlich die gemeinsame Erziehung aller Kinder ohne Unterschied der Rasse, sozialen Stellung und des Geschlechts aufgegeben wurde und daß hier wieder den alten Kastenschulen ein Platz eingeräumt wird, jenen Schulen, die viel dazu beigetragen haben, daß der größte Teil der deutschen Jugend in der Zeit der Weimarer Republik antidemokratisch und nazistisch erzogen wurde.
6. Die SPD stimmte zu, daß die Lernmittelfreiheit an den Universitäten aufgehoben wird. Damit wird Kindern aus Arbeiterkreisen der Besuch der Universität erschwert.
7. Die SPD stimmte zu, daß bei der Ernennung von Professoren an der Universität für die theologischen Fakultäten die Kirche vorher gehört werde.
8. Die SPD stimmte endlich zu, daß Privatschulen wieder zugelassen werden.

c) Staatsaufbau

Auch hier mußte die SPD einige Konzessionen machen. In den Übergangsbestimmungen der Verfassung wurde u.a. mit Zustimmung der SPD ein Artikel aufgenommen, der besagt, daß die Frage der Schaffung einer 2. Kammer auf verfassungsmäßigem Wege nichts im Wege stehe.

Das sind die Ergebnisse des Kompromisses. Sie sollten noch weitergehen. Dies konnte aber durch uns verhindert werden. Man wollte nämlich in der Verfassung verankern, daß die kommende deutsche Nationalversammlung nicht unbedingt vom ganzen deutschen Volk gewählt werden müsse.

.....

Schlußfolgerungen

Vor der Abstimmung des Verfassungsentwurfs in der 2. Lesung hat die KPD folgende Erklärung abgegeben, die von der erweiterten Landesleitung der KPD Groß-Hessen gutgeheißen wurde:

Wir haben, ehe wir uns endgültig entscheiden, ob wir dem Volke die Annahme oder die Ablehnung der Verfassung empfehlen, nüchtern zu prüfen: Hat die Verfassung trotz der Kompromißvorschläge der SPD und CDU, die wir jedenfalls bis zum letzten bekämpfen werden, noch einen fortschrittlichen Charakter oder nicht?

Wir haben uns weiter zu fragen, ob trotz des Kompromisses doch noch wesentliche Forderungen von uns in der Verfassung verankert bleiben oder nicht?

Von sonstigen Forderungen, die wir noch stellten, wurden angenommen:

- a) Eine absolute Gleichstellung der Frau mit dem Manne.
- b) Eine Sonderstellung des Ministerpräsidenten, wie sie vorgesehen war, ist fallengelassen worden.
- c) Das Volksbegehren und der Volksentscheid sind in die Verfassung aufgenommen worden.
- d) Der Landtag kann nur vom Landtag selbst aufgelöst werden, nicht aber vom Ministerpräsidenten oder der Regierung.
- e) Die Verfassung kann mit absoluter Mehrheit im Parlament und einfacher Mehrheit des Volkes abgeändert werden.
- f) Die künftige Reichseinheit ist in nichts durch die neue Verfassung gefährdet.

Eine weitere Forderung, die verlangte, daß die Stimmberechtigten, die das 23. Lebensjahr vollendet haben, wählbar sind, wurde abgelehnt.

Darüber hinaus wurde trotz des Kompromisses das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte aufrechterhalten. Die Sofort-Überführung in Gemeineigentum ist geblieben, ebenso wie die Forderung einer Bodenreform.

Die negativen Seiten haben wir bereits oben aufgezeigt. Unsere endgültige Stellungnahme werden wir erst nach der dritten Lesung bekanntgeben.

Nur zwei Lehren können wir jetzt schon aus der Tätigkeit der Verfassungsgebenden Versammlung ziehen. Zwei Lehren, die für die künftige Entwicklung der Demokratie in Deutschland von entscheidender Bedeutung sind.

- a) Da, wo ein einheitliches Zusammengehen der beiden Arbeiterparteien zustande kommt, ist ein Sieg der Forderungen der Arbeiterschaft und des schaffenden Volkes gesichert.
- b) Geht eine der beiden Arbeiterparteien auch nur einen kleinen Schritt ab von einer gemeinsamen Haltung, beginnt der Moment, an dem aus kleinen Konzessionen große Kompromisse werden, die nicht mehr den Interessen der Arbeiterschaft entsprechen.

Nach ernsthafter Abwägung der positiven und negativen Momente beschloß die KPD-Hessen, die Verfassung anzunehmen; sie forderte auf, beim Volksentscheid mit „Ja“ zu stimmen.

Heute - angesichts von Massenarbeitslosigkeit, Wahnsinnsrüstung - gilt es erst recht, für die Realisierung der Verfassungs-Bestimmungen zu kämpfen.

**Die Lehren
aus der
Geschichte
ziehen.**

**Die
Hessische
Verfassung
verwirklichen!**

Verkaufspreis: 3 Euro

IMPRESSUM

Herausgeber:
Deutsche Kommunistische Partei
Hessen

Layout und Zusammenstellung:
Rudi Hechler, Mörfelden-Walldorf

Druck:
Druckerei Drach GmbH
Alsbach/Sandwiese

KONTAKTE

www.dkp.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-darmstadt.de
www.dkp-giessen.de
www.dkp-reinheim.de
www.dkp-mw.de

DKP Hessen
Hansteinstraße 4
60311 Frankfurt
Telefon 069-5975673

**Das sind die Städte, wo wir unser Heil!
Den Weltzerstörern einst entgegenrührten.
Und unsrer Städte sind auch nur ein Teil
Von all den Städten, welche wir zerstörten.**

Bertolt Brecht, Kriegsfibel



**Tradition bewahren
heißt nicht,
Asche aufheben,
sondern eine Flamme
am Brennen zu halten!**

Jean Jaurès